

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dresdener Tagesblatt Nr. 201.
Formel Nr. 20.

Das Riesner Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Riesa.

Postkontos Dresden 1330
Stroße Riesa Nr. 52.

Nr. 201.

Mittwoch, 15. Dezember 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Ausbleibens von Druckarbeiten, Erhöhungen der Abnahme und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile 10 Pfennig (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bemerkung: Die Abnahme ist zu zahlen, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kostbare Unterhaltungsbeilagen: „Grafiker an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langens & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemm, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Michaelis' bedingtes Ja.

Man hat die Aufgabe der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse dahin charakterisiert, die Wahrheit, allein die nackte, objektive Wahrheit zu erforschen. Dieser mühenreichen Aufgabe, die wir im Laufe der letzten Jahre mit diesen parlamentarischen Untersuchungsausschüssen erleben, zu der Überzeugung führen, daß das Michaelis, das häufig und gewöhnlich ausstärker heuchlerischer feilscher Körpergeistes doch ein bißchen zu laßenscheinig ist, um den wahren Zweck zu verbergen, mit dem sie ins Leben gerufen wurden. Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse dienen in der Hauptsache parteipolitischen Zwecken. Ihre Tätigkeit ist nicht mit einer unparteiischen Arbeit verbunden, die mehr parteipolitischen Forderungen Rechnung trägt, als einer sachlichen, vorurteilsfreien Erforschung der Wahrheit. Als vor einigen Monaten die Ministerkammer im Untersuchungsausschuss zur Debatte stand, da wollte man weniger ein angebliches Unrecht feststellen, als mehr Beweise und Material sammeln, um so das „Verderbliche“ und „Scheußliche“ einer ehemaligen kaiserlichen Reichsanwaltschaft dokumentarisch festzulegen. Auch der wichtigste Vorkämpfer und Anhänger dieser parlamentarischen Untersuchungsausschüsse wird nicht behaupten können, daß die bisherigen Ergebnisse der Untersuchungen den Absichten gedenken hätten, die sie eigentlich verfolgen sollten. Die Wahrheit erwies sich immer als so hart, daß auch die schärfste Verdrehung von Tatsachen sie nicht hinwegzuspüren konnte. Man hätte nun annehmen können, daß dieser „Mißerfolg“ der Tätigkeit der Untersuchungsausschüsse die Anhänger dieser Institutionen von der Nutzlosigkeit und Sinnlosigkeit dieser parlamentarischen Ausschüsse überzeugen müßten. In dieser Ansicht steht man sich getäuscht. In diesen Tagen ist wiederum der parlamentarische Untersuchungsausschuss des Reichstages in Aktion getreten, diesmal in der Absicht, der alten kaiserlichen Regierung nichts Verlingertes als eine bewußte Sabotage des päpstlichen Friedensschrittes vom September 1917 nachzuweisen. Auf der „Anklagebank“ steht diesmal der ehemalige Reichsanwalt Michaelis. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er unter Umgehung des sogenannten Siebener-Ausschusses des Reichstages neben der offiziellen Antwort auf den Schrift des Papstes einen Brief an den Papst in die Hände des Reichstages geschmuggelt habe, der den Sinn der offiziellen Antwort nach Ansicht der Ankläger sabotierte.

Man muß es dem ehemaligen Reichsanwalt Michaelis lassen, er vertritt sich selbst, er verteidigt sich. In seiner Rede, die er zu seiner Rechtfertigung vor den Tribunalrichtern des Reichstages hielt, legte er zunächst auseinander, daß der Inhalt seines privaten Schreibens an den Papst Michaelis im Grunde genommen nichts anderes ist, als auch der Wortlaut der offiziellen, vom Siebener-Ausschuss dem Reichstages vorgelegten Antwort auf die Papstnote. Im Siebener-Ausschuss waren damals die Meinungen über die Behandlung des päpstlichen Vermittlungsvorschlages scharf auseinander gegangen. Einige Mitglieder waren für eine sofortige vorbehaltlose Zustimmung, andere für eine sorgfältige Vorbereitung. Einige Mitglieder waren für eine sofortige vorbehaltlose Zustimmung, andere für eine sorgfältige Vorbereitung. Die Mehrheit sprach sich jedoch dahin aus, daß eine Annexion Belgiens zwar nicht zweckdienlich wäre, es aber opportun sei, dies in einem Augenblick anzuführen, wo noch gar keine Klarheit darüber bestand, ob auf der Seite unserer Gegner überhaupt eine Neigung vorhanden wäre, die Friedensvermittlung des Papstes anzunehmen. Der Meinungsdiskurs im Siebener-Ausschuss endete wie üblich mit einem Kompromiß. Es wurde beschlossen, die Frage der Friedensregelung dadurch nur anzudeuten, daß man sich allgemein auf die Friedensresolution des Juli 1917 beziehe, die sich bekanntlich gegen jede Annexion ausspricht, daß man aber im übrigen darauf verzichten wollte, die belgische Frage zu berühren. Gemäß diesem Beschluß des Siebener-Ausschusses wurde auch die Antwort der kaiserlichen Regierung an den Papst abgefaßt. Das Begleit Schreiben des Reichsanwalt Michaelis an den Papst war lediglich eine private Äußerung des deutschen Regierungschefs, die sich im übrigen dem Sinn der offiziellen Antwort angeschlossen. Der nun vor den parlamentarischen Untersuchungsausschuss zitierte ehemalige Reichsanwalt Michaelis hat den Wortlaut seines Privatbriefes an den Papst einem anerkannten Sachverständigen, dem bekannten Professor Meißner, zur Begutachtung übergeben. Das Gutachten des Sachverständigen: „Das Schreiben an Papst Michaelis ist falsch gedeutet. Nicht ein glattes Nein, sondern ein bedingtes Ja wäre aus ihm herausgehört.“ Dieses bedingte Ja des Handbreviers Michaelis entspricht durchaus dem bedingten Ja der von dem Siebener-Ausschuss gebilligten offiziellen Antwort an den Papst. Da mithin ein neues sachliches Moment durch das Privat Schreiben Michaelis in die Affäre des päpstlichen Friedensschrittes nicht hineintrifft, war auch der damalige Reichsanwalt Michaelis weder moralisch noch rechtlich verpflichtet, den Siebener-Ausschuss von seinem Privatbrief in Kenntnis zu setzen. Die Logik des Angeklagten Michaelis ist unüberlegbar. Womit allerdings nicht gesagt ist, daß alle Mitglieder des Untersuchungsausschusses ihr Rechnung tragen. Der Scheidemann oder Herr Wittmann oder wie sonst die sozialdemokratischen Funktionäre in diesem Ausschuss heißen, geben ihr Spiel so leicht nicht verloren. So wird man sich halt im parlamentarischen Untersuchungsausschuss noch einige Tage über den zehn Jahre zurückliegenden Michaelis-Brief unterhalten müssen. In dem jetzt schon feststehenden Ergebnis dürfte aber auch der beständige Disput nicht viel weiterbringen können.

Vertagung der Ministerpräsidentenwahl.

Ablehnung eines zweifachen Mißtrauensantrages. — Sachsen und die Beamtenbefolgung.

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 14. Dez. 1926.

Haus und Tribünen sind voll besetzt. Die Sitzung beginnt mit halbstündiger Verspätung, da die Fraktionen Sitzungen abteilen, um sich mit der Frage der Regierungsbildung zu beschäftigen. Unter den Eingängen befindet sich ein Schreiben der Aufwertungspartei, mit dem diese bittet, sie künftig „Volksrechtspartei“ zu nennen. (Weiterleit.)

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet der kommunalistische Antrag, der provisorischen Helld-Regierung des Mißtrauens anzuhängen.

Abg. Böttcher (Komm.) bezeichnet als Zweck des Antrages, die Parteien zu einer Stellungnahme zu zwingen und die kommunalistischen Ansichten vor den Massen aufzurollen. Die Helld-Regierung sei ein reaktionäres Kabinett. Alle Geschäftsführenden und Beamten-Regierungen seien nur die Verkleidung für einen reaktionären politischen Kurs. Wahrscheinlich würden die Verhältnisse in Sachsen nicht eher geklärt werden, als bis dies im Reich geschehen sei. Die SPD. im Reich laufe im Sturmschritt in die Große Koalition. Redner verbreitet sich in endlosen Ausführungen über die Politik des Reiches. Die Helld-Regierung sei die Helfershelferin der reaktionären Reichspolitik. Redner wendet sich dann gegen die Sozialdemokratie, die in allen Ländern die proletarischen Interessen zugunsten des Imperialismus unterdrücke. Es werde mit gefälschten Dokumenten gearbeitet, um das Volk besser unterdrücken zu können. So sei es auch im Falle der sogenannten Sozial-Verträge. Die imperialistische Außenpolitik wirke sich auf die Innenpolitik. Die Kommunisten seien für Errichtung der proletarischen Diktatur. Der Landtag sei aufgelöst.

Abg. Viehmann (Dinstag.): Es habe keinen Zweck, einen Mißtrauensantrag gegen eine Regierung einzubringen, die bereits zurückgetreten sei. Der Erfolg kommunalistischer „Intelligenz“ werde ein Vertrauensantrag für die Helld-Regierung sein (Abg. Stewert (Komm.) erhält einen Ordnungsruf, weil er den Redner Didhäuser nennt). Redner sagt dem Abg. Böttcher, er habe mehr Respekt als Verstand. (Auch er zieht sich einen Ordnungsruf zu.) Böttcher, der seine ganze Partei lächerlich gemacht habe und noch Schuldenart verfaßt worden sei, habe kein Recht, die Sozialdemokratische Partei herunterzureißen. Die Helld-Regierung werde auf das Mißtrauensvotum stehen. Es komme darauf an, vorwärts zu sehen, und endlich eine Regierung zu bilden. Herrn Bläher's Partei wolle schon beschließen haben, die Wahl des Ministerpräsidenten bis zum 18. Januar hinauszuschieben. Selbstverständlich werde seine Partei für das Mißtrauensvotum stimmen. (Weiterleit.)

Abg. Böttcher (Komm.) erklärt für seine Freunde, daß sie an der Abstimmung nicht teilnehmen werden. — Abg. Dr. Eberle (Dn.): Die Deutschnationalen werden gegen den Antrag stimmen, da er gegenstandslos ist.

Der Mißtrauensantrag gilt als abgelehnt, da nur 40 Abgeordnete für ihn stimmen. Die Nationalsozialisten v. Müde und Wittmann stimmen mit den Kommunisten, die Kommunisten Böttcher und Birtz gegen den Antrag. Es folgt die Beratung über den kommunalistischen Antrag, die

Dankentlassung des Abg. Ewert

(Komm.) — Abg. Stewert (Komm.) beantragt als Berichterstatter namens des Rechtsausschusses die Annahme des kommunalistischen Antrages.

Abg. Dr. Bläher (Dn.): Es bestehe der dringende Verdacht, daß der Abg. Ewert durch falsche Angaben die Wahlfähigkeit erreicht habe und darin von seinem Parteigenossen, dem Gemeinderat von Rändler, unterstützt worden sei. Er beantragt deshalb, die Beratung und Beschlußfassung über den kommunalistischen Antrag solange auszusetzen, bis über die Gültigkeit der Wahl Ewert's entschieden sei.

Abg. Renner (Komm.) wendet sich gegen den vorkommenden Antrag. Die Behauptungen des Vordredners seien nicht bewiesen.

Abg. Böttcher (Komm.): Nach dem Stande der getriggen Feststellungen im Prüfungsausschuss stehe es noch nicht fest, ob man dem Abg. Ewert sein Mandat abspornen könne. Seine Freunde würden der Dankentlassung zustimmen.

Abg. Dr. Senfert (Dem.): Da über die Rechtmäßigkeit des Mandates noch Zweifel bestehen, werde seine Partei für Vertagung der Angelegenheit stimmen.

Abg. Wente (Dinstag.) tritt für Dankentlassung ein. — Der Antrag Bläher's auf Vertagung der Angelegenheit wird abgelehnt, da die Nationalsozialisten gegen ihn stimmen und die Mitglieder der Aufwertungspartei der Abstimmung fernbleiben.

Abg. Ren (Komm.) erklärt sich für die Dankentlassung. Eine Furcht Ewert's sei nicht zu befürchten, da ohne den Willen der Partei keine Mandat verschwinden könne (Sarf: Siehe Böttcher!) (Weiterleit.)

Der kommunalistische Antrag auf Dankentlassung Ewert's wird mit den Stimmen der Kommunisten, Sozialisten, Rechtssozialisten, Nationalsozialisten und der Aufwertungspartei angenommen. (Beifall auf den Tribünen.)

Der Präsident verliest hierauf einen Antrag der Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialisten, die

Wahl des Ministerpräsidenten

heute von der Tagesordnung abzusehen und sie erst in der ersten Sitzung nach dem 11. Januar 1927 vorzunehmen.

Abg. Ebel (Dinstag.) protestiert gegen diese Verkleidungsmasche.

Abg. Böttcher (Komm.) wünscht Verlegung der Wahl auf 8 Tage.

Abg. v. Müde (Nat.-Soz.), der mit lebhaften Zurufen empfangen wird, behauptet unter der Deiterkeit des Haukes: Wenn nun die Entscheidung über die Regierungsbildung fallen solle, dann verbannte man es seiner Partei.

Der Antrag, die Wahl des Ministerpräsidenten von der Tagesordnung abzusehen, findet Annahme, ebenso der Antrag, die Wahl erst am 11. oder nach dem 11. Januar stattfinden zu lassen.

Es gelangt sodann zur Beratung der Antrag der Abg. Hofmann (Dn.), Dr. Bläher (Dn.), Kaiser (Dn.), Dr. Senfert (Dem.), Birtz (Komm.), Dr. Dumett (Komm.) und v. Müde (Nat.-Soz.) auf

Gewährung einer Entschuldungsbeihilfe an die sächsischen Staatsbeamten und Lehrer.

Nach kurzer Begründung des Antrages durch den Abg. Dr. Senfert (Dn.) gibt Ministerialdirektor Dr. Frische namens der Regierung folgende Erklärung ab:

Die Regierung ist bereits Mitte November wegen der Bezüge der Beamten und Angestellten an die Reichsregierung herangetreten. Sie hat dabei in erster Linie den Standpunkt vertreten, daß eine laufende Erhöhung der Bezüge unter gleichzeitiger Grundgehälter Reduzierung des jetzigen Besoldungssystems notwendig sei. Für den Fall, daß die Reichsregierung sich zur Zeit zu einer solchen Maßnahme nicht entschließen könne, hat die Regierung jedoch weiter erklart, alsbald in Erwägungen wegen Gewährung einer noch vor Weihnachten zahlbaren einmaligen Beihilfe einzutreten. Die Regierung hat dabei gleichzeitig erkennen lassen, daß sie in Anbetracht der unvorstellbar großen Notlage der Beamtenstellung auch unabhängig vom Reich zu einer solchen Maßnahme Schritte müsse, wenn das Reich wider Erwarten etwa nicht in einer Aufbesserung für die Beamten kommen sollte. Den später erfolgten Vorschlag der Reichsregierung auf Gewährung der Weihnachtsbeihilfe hat die sächsische Regierung zunächst als einzige der Länderregierungen, sofort vorbehaltlos zugestimmt. Diesen Vorgängen entsprechend hatte die Regierung bereits vor Eingang der vorliegenden Anträge Vorbereitungen getroffen, um dem Landtage alsbald nach Abschluß der Reichstagsverhandlungen eine Vorlage wegen Uebertragung der Reichsmassnahme an Sachsen zu unterbreiten. Sie hat schließlich davon abgesehen, da ihr die Annahme des von einer Mehrheit des Landtages gestellten Antrages Nummer 57 als genügend erschien. Bei alsbaldiger Annahme dieses Antrages würde die Regierung die Beihilfe noch vor Weihnachten auszahlen. Wegen Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an die Staatsarbeiter wird sich die Regierung ebenfalls dem Vorgehen des Reiches anschließen. Der Gesamtumfang würde nach den Sätzen des Reiches mehr als 3 Millionen Mark betragen.

Nach Begründung der Anträge und kurzer Aussprache werden sämtliche Anträge — auch die weitergehenden Anträge der Kommunisten und Sozialisten — an den Haushaltsausschuss A verwiesen.

Die Schlussberatung soll möglichst bereits am Donnerstag stattfinden, damit den Beamten usw. die Beihilfen noch vor Weihnachten ausbezahlt werden können.

Es gelangen sodann die kommunalistischen und sozialistischen Anträge zur Beratung, die sich mit der Arbeitslosigkeit und der Erwerbslosenfürsorge befassen. Zunächst werden die Anträge von den Antragstellern begründet.

Gegen 7 Uhr abends werden die Verhandlungen abgebrochen; sie sollen am Donnerstag nachmittag 1 Uhr fortgesetzt werden.

Anträge und Anfragen.

* Dresden. Dem Landtage ist ein sozialdemokratischer Antrag zugegangen, der die Aufstellung eines Wohnungsbauprogrammes für Sachsen verlangt. — Ein Antrag der Kommunisten beschäftigt sich mit dem Unfall beim Bau des Kraftwerkes Böhlen, wobei ein Arbeiter getötet und 3 verletzt wurden. Es wird frenetische Durchführung der Schutzvorschriften und Beobachtung der achtstündigen Arbeitszeit verlangt. — Von der Deutschen Volkspartei ist eine Anfrage eingebracht, in der die Regierung um Auskunft gebeten wird, was sie zu tun gedenke, um die Tierkuchen und Tierkrankheiten einzudämmen. — Eine kommunalistische Anfrage erucht um Auskunft, was die Regierung zu tun gedenke, um den Streit zwischen der Landesversicherungsanstalt und den Ärzten wegen der Bezahlung der Gutachten baldigt beizulegen.



A. Herkner, Wettinerstr. 6.

Planos Flügel Harmoniums

erster Firmen wie Feurich, Aug. Förster, Löbau Irmeler, Kreutzbach, Stichel, Seiler, Gebr. Zimmermann u. s. w. empfiehlt bei äußerst günstigen Zahlungsbedingungen (niedrigste Raten)

B. Zeuner PIANO-MAGAZIN

Riesa, Hauptstraße 73. Telef. 606.

Bitte besichtigen Sie mein großes Lager ohne Kaufzwang.



Die unter der Marke „Ankra“ in den Handel gebrachten Taschen- und Armbanduhrer entsprechen in Genauigkeit ihres Ganges den gesteigerten Anforderungen unserer Zeit und stellen in geschmackvoller Beziehung das **Verfeinertste** in Form und Dekoration dar, was die Dekorationstechnik der Uhrmacherkunst zu bieten vermag. Eine solche **Ankra-Uhr** zu schenken, zeugt von gutem Geschmack und erwirkt dauerndes dankbares Gedenken.

Verkaufsstelle für Riessa:

Bernh. Költzsch

Wettinerstraße 37, Ecke Rosenplatz.

1 metr. Hüter f. schlanke Figur billig zu verkaufen Riessa-Weiba, Gröbnerstr. 6, 1.

C. Rüdiger

empfeilt billigst
Suchenbretter
Modellschiffen
Selbstfabriz
Holler
Reisverfäuren
Schaufelpferde

Goethestr. 41

Photograph Otto Werner

Goethestrasse 81 — — Fernsprecher 210

Erstklassige Photographien und Vergrößerungen in bekanntester Ausführung

Atelier täglich von 10—6 Uhr geöffnet

Photograph. Apparate und Zubehör für Amateure
Reiche Auswahl

Übernahme sämtlicher Photo-Arbeiten

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis unserer lieben Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Amalie verw. Zinke

geb. Klaus sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Riesa, den 14. 12. 1926.

Die trauernden Kinder und Angehörigen.



Riesaer Kloster-Tropfen

Feinster Likör aus heilkräftigen Gebirgsfrüchten destilliert. Appetitanregend. Verdauungsfördernd.

Nur echt in Originalfüllung. Allein-Hersteller: **Paul Starke, Albertplatz.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme durch Wort und Schrift, herrlichen Blumenschmuck und ehrendes Geleit beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen

Frau Amalie verw. Jigner

sagen wir allen nur hierdurch unsern innigsten Dank. Gröba, am Begräbnistage 1926.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ab Freitag bis Montag vom Jah:

H. Heibelbeertwein Liter 80 Pf.

H. Carrigona Liter 1.50 Pf.

Alfred Otto, Gröba.

Walnüsse

Bund 50 Pf., verkauft Weithner Str. 34, 1. 1.



Unterlassen Sie nicht bei Ihrer Anwesenheit in Dresden uns aufzusuchen. Sie werden überrascht sein durch die richtigen Sortimente. Bekannt sind wir durch unsere Preiswürdigkeit, die in dem Besten schlagenswerten Vergleich steht.

Unsere Innen-Dekoration ist sehr wertvoll.

Sonntag den 12. und 19. Dezember von 11 bis 6 Uhr geöffnet.



Besichtigen Sie die Ausstellungsräume Prager Straße 30

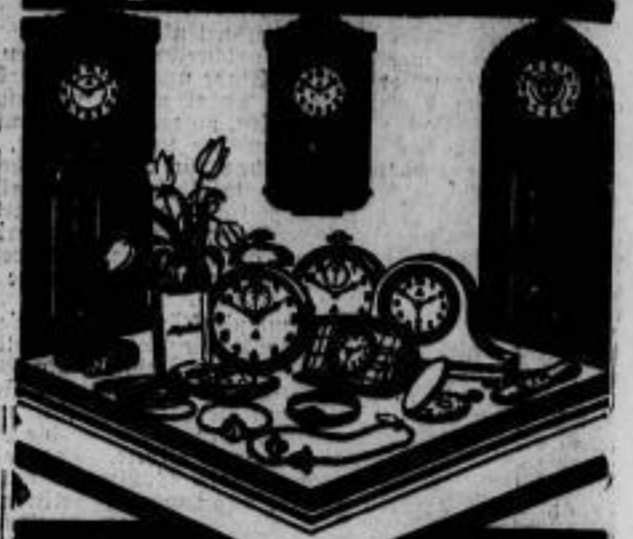
Christbaum-Konfekt

Selbmann, Hauptstr. 83; Pausitzer Str. 4; R.-Gröba: Lauchhammerstr. 15.

Stiehlers Weinrestaurant la Holländ. Aulern

Die Zeitungs-Anzeige übertrifft an Schönheit alle übrigen Reklamearten

SCHÖNE UHREN



MODERNER SCHMUCK

unerreichter Auswahl bei

A. Herkner

Inh: Johannes Köhnert Wettinerstr. 6.

100 Tausend Narzissen-Zwiebeln

Für Park, Bienen, Haus-, Schrebergärten u. Friedhöfe. — Für Gärtner selten günstiges Angebot. — Überbiete Sorten gemischt 10 St. 35 Pf., 100 St. 3 Pf.; ab 100 St. verpackungsfreier Versand. — Für Großabnehmer besondere Preise.

Alfred Büttner & Co., Gartenbau-Pausitz-Riessa, Großbetrieb Blumengeschäft Riessa, Rosenplatz.

Alfred Donner Wettinerstraße 24

bringt sein Photographisches Atelier in empfehlende Erinnerung. Gleichzeitig offeriere Photo-Artikel und Apparate für Amateure.

Bettwäsche - Hauswäsche - Leibwäsche

besonders vorteilhafte Angebote für Weihnachten

Linonbesüge mit 2 Kissen	Mk. 14.20 11.60 9.80	6⁹⁰
Stangenleinen-Besüge mit 2 Kissen	Mk. 17.25 14.50 11.55	8⁶⁵
Damast-Besüge mit 2 Kissen	Mk. 24.50 19.10 15.60	11³⁰
Bunte Besüge mit 2 Kissen	Mk. 13.40 9.80 8.90	6³⁵
Bettlicher 150/220 cm	Mk. 6.75 6.— 4.55	4²⁰
Handtücher roh reinl., 48/100 cm	Mk. 1.35 1.20 1.10	95³
Handtücher weiß halbl., 48/100 cm	Mk. 1.30 1.20 1.10	95³
Handtücher weiß-reinl., 50/115 cm	Mk. 3.70 3.40 2.70	1⁷⁵
Tischtücher versch. Größen	Mk. 7.25 6.25 5.60 4.50	3⁰⁰
Tisch- u. Tafeltücher m. Servietten in pa. Damast		
Kaffeegedecke in bunt und weiß	Mk. 16.— 11.25 9.75 8.—	4⁹⁰
Kaffeedecken aparte Neuh.	Mk. 18.— 12.75 12.—	5⁰⁰
Wischtücher weiß und rot	Mk. 75 65 55 45 38	25³
Bettdecken in weiß u. bt.	Mk. 16.— 12.— 9.— 7.25 6.75	5⁷⁵
Staubtücher	Mk. 55 40	35³

Ernst Müller Nachflg.

Inh. Paul Wende.

Deutscher Reichstag.

14. Dezember, 3 Uhr nachmittags.
Debatte wird zunächst ein deutsch-nationaler Antrag über die Verbandsübernahme des zur Dienstleistung bestimmten Auslandskriegswehrganges überwiegen.
Die zweite Beratung des Nachtragsetats wird dann fortgesetzt beim

Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Der Ausschuss ersucht in einer Entschließung die Regierung, bis zu zehn Millionen zum Zwecke der Beschäftigung des Kleinrentners für berufliche Zwecke, insbesondere für die Errichtung von Versuchsbauten und Versuchsbefahrungen.

Die zweite Beratung des Nachtragsetats wird dann fortgesetzt beim Reichsarbeitsministerium. Der Ausschuss hat u. a. die für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge angelegte Summe in Höhe von 10 Millionen Mark auf 100 Millionen erhöht. Zu einmaligen Notstandsmaßnahmen für langfristige Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner sind 25 Millionen eingelegt worden.

Abg. Goh (Soz.) beantragt, den Betrag von 25 Millionen auf 60 Millionen zu erhöhen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns betont die Notwendigkeit bei der Besetzung der sich aus der Verteilung des Deutschen Reichs an dem Internationalen Arbeitsamt in Genf ergebenden Stellen, zunächst Beamte aus dem Arbeitsministerium nach Genf zu schicken, bis die erforderlichen neuen Stellen bewilligt sind.

Abg. Frau Schröder (Soz.) bezeichnet die zu einmaligen Notstandsmaßnahmen für langfristige Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner eingelegten 25 Millionen als nicht ausreichend. Im Gegensatz zu der bisherigen Weisung für die Beamten solle die Regierung nur eine Weisung für eine halbe Wochenunterstützung, also 2,50 bis 10 Mark zahlen, und zwar nur denen, die bereits über 16 Wochen erwerbslos sind. Den Invalidentrentnern werde nur eine Weisung für eine Unterunterstützung von 6 Mark gewährt, den Kleinrentnern 15 bis 25 Mark. Das sei eine ganz ungerechte Regelung. Die Regierung beantragt eine Erhöhung der Gesamtsumme auf 60 Millionen.

Abg. Frau Teusch (Str.) erklärt, die Zentrumsfraktion wolle den notwendigen Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern schnelle Hilfe leisten. Das sei im Rahmen des sozialdemokratischen Antrags nicht möglich. Die im Etat vorgesehene Hilfe sei dagegen sofort realisierbar. Auf Grund der Initiative des Zentrums sei im diesjährigen Nachtragsetat die Weisungsbeträge weit höher, als im Vorjahre. Der Ausschussantrag, der 25 Millionen fordert, lebe auch für die Kleinrentner eine weit gerechtere Regelung vor, als der sozialdemokratische Antrag.

Abg. Kessler (Komm.) beantragt eine Erhöhung der für die Weisungsbeträge bereitgestellten Summe auf 40 Millionen.

Abg. Erling (Str.) erklärt sich damit einverstanden, wenn die Regierung deutsche Beamte für die Tätigkeit beim Genfer Arbeitsamt beurlaubt und ihnen die wohnortverwehrende Rechte sichert. Nicht erwünscht sei aber dabei die Verwendung solcher Herren, die schon während der Inflationszeit ohne Wissen der Reichsregierung sich um Stellen im Ausland beworben haben, um besser gestellt zu sein, als ihre Kollegen.

Abg. Goh (Soz.) tritt nochmals für den sozialdemokratischen Antrag ein und wendet sich gegen die Ausführungen der Abg. Frau Teusch.

Abg. Puh (Komm.) verlangt eine gründliche Reform des Sozialversicherungswesens und kritisiert scharf die Weisungen der meisten gemeinnützigen Sozialvereine.

Abg. Gerst (Dn.) beantragt, bei der vom Ausschuss für die Kleinrentner beantragten Weisungsbeträge als Mindestsätze festzusetzen 10 Mark für Alleinstehende, 15 Mark für Verheiratete, 7,50 Mark für die Besizer von Waisente.

Damit schließt die Aussprache.
Nach Ablehnung der sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge werden die Ausschussanträge über die Erwerbslosenfürsorge und über die Weisungsbeträge angenommen.

Zu dem Zusatzantrag Gerst (Dn.) erklärt Abg. v. Gundard (Str.), die Regierungsparteien könnten die finanzielle Wirkung des Antrags noch nicht übersehen. Sie würden sich jetzt der Stimme enthalten und ihre Haltung in der dritten Beratung von der Auskunft des Finanzministers abhängig machen.

Der Antrag Gerst wird bei Stimmhaltung der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten angenommen. Die Ausschuss-Entschließung für Versuchsbauten und -befahrungen wird angenommen, wonach für Arbeiter der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Arbeiterkassen, Arbeitsrecht und Tarifbestimmungen gelten sollen.

Zwei kommunistische Anträge auf Verbesserungen in der Unfallversicherung, Angelegenheitsversicherung, im Knappschaftswesen und in der Reichsversicherung werden dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen, ebenso eine demokratische Entschließung, nach der die finanzielle Wirkung einer Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre in der Invaliden- und Angelegenheitsversicherung geprüft und in einer Denkschrift mitgeteilt werden soll.

Im übrigen wird der Nachtragsetat bewilligt.
In der dann folgenden zweiten Beratung des Nachtragsetats des

Reichswirtschaftsministeriums

wendet sich
Abg. Schlad (Str.) gegen einen Antrag Reimath (Dp.), Wieland (Dem.), der 150 000 Mark zur Zinsverbilligung für Darlehen an deutsche Exportfirmen verlangt.

Abg. Reimath (Dp.) tritt für diesen Antrag ein. Es müsse ein Ausgleich geschaffen werden für den billigeren Kredit der ausländischen Exporteure.

Abg. Rauch (Komm. Sp.) bittet den Reichswirtschaftsminister, die vom Reichstag gewünschte Denkschrift über die Lieferungsbedingungen der Kohlenfundate möglichst bald vorzulegen.

Die Aussprache ist damit beendet.
Der Nachtragsetat wird unbeschadet angenommen.
Der Antrag Reimath-Wieland wird im Gesamtsprung mit 142 gegen 130 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.
Ohne Aussprache wird ein Antrag des Volkswirtschafts-Ausschusses angenommen, der Maßnahmen zur Milderung der allgemeinen Kreditnot verlangt.

Um 6 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der vom Nachtragsetat noch ausstehenden Satz.

Um das Arbeitszeitgesetz.

Berlin. (Funkspruch.) Der Gesamtvorstand des Gewerkschaftsbundes deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamten vertritt in dem Reichstagsgedruckt zu einer Beratung des Arbeitszeitgesetzes zusammen und hat die im Reichstag bekanntgemachten Kompromissvorschläge an der Arbeitszeitregelung einer Berliner Korrespondenz zufolge einmütig als völlig unbefriedigend und ungenügend bezeichnet.

Nach der Genfer Tagung.

Ankunft der deutschen Delegation aus Genf.

Berlin. Die deutsche Delegation trat gestern nachmittag, am Genf kommend, mit dem schiffsmässigen Zug 5 Uhr 1 Minute pünktlich auf dem Bahnhof Bahnhof ein. Im Empfangsausschuss saßen Frau Dr. Stresemann und Frau von Schöberl, die Reichsminister Dr. Curtius und Dr. Krosigk, Staatssekretär Dr. Müller in Vertretung des Reichsstaatssekretärs, Staatssekretär Dr. Weismann von der preussischen Staatsregierung, die Ministerialdirektoren Dr. Köpfe, Dr. Schneider und Dr. Jochims und Geheimrat von Ballgönd von der Verfassungskommission der Reichsregierung, sowie eine größere Anzahl anderer Vertreter der Behörden und der Presse eingeladen.

Reichsminister Dr. Stresemann, Staatssekretär von Schöberl und Ministerialdirektor Dr. Gaus waren von der langen Reise ansehnlich durcheinand nicht ermüdet und nahmen in bester Stimmung die ihnen dargebrachten Glückwünsche entgegen.

Mit dem gleichen Zug trat der neue deutsche Unterstaatssekretär des Völkerbundes, Dr. Tausenberger, in Berlin ein, der während der abgelaufenen Reise tagung zunächst in inoffizieller Form in Genf gewillt hatte.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten.

Berlin. Der Herr Reichspräsident empfing gestern am Spätnachmittag den Reichsminister Dr. Stresemann zum Vortrag über die Genfer Konferenz. Im Verlauf der sich hieran anschließenden Unterhaltung sprach der Herr Reichspräsident mit Worten des Dankes für die hingebende Arbeit des Herrn Reichsaußenministers seine Belobigung über die in Genf erreichten Fortschritte aus; er gab zugleich der Erwartung Ausdruck, daß auch die noch offenen Fragen in bald einer guten Lösung geführt werden.

Das Ergebnis der Genfer Verhandlungen.

Berlin. In politischen Kreisen wird das Ergebnis der Genfer Verhandlungen nach der Rückkehr des Reichsministers des Auswärtigen folgendermaßen gewertet:

Im wesentlichen hängen zwei Fragen zwischen uns und den Alliierten und eine zwischen uns und dem Völkerbund zur Erörterung. Zunächst war das Untersuchungsprotokoll Gegenstand eingehender Beratungen. Es der Bericht von Locarno paraphrasiert worden ist, hat die damalige deutsche Delegation ihre Zustimmung davon abhängig gemacht, daß ihre Partner ihre volle Klarheit über die Untersuchung gaben. Es ist der deutschen Delegation häufig zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht einen noch größeren Wert auf schriftliche Abmachungen gelegt habe, weil ein Befehl der Rabinette alles unumkehrbar machte. Es hat sich aber in Genf gezeigt, daß alle Teilnehmer von Locarno zu ihrem Worte standen. Auch im Völkerbundtrat haben sich keine Schwierigkeiten ergeben. Dabei gibt es in der Frage der Untersuchung auch nicht einen Punkt, in der die deutsche Auffassung nicht anerkannt und durchgebrungen wäre. Es gibt keine Elemente Stabilität und ebensowenig geht die Militärkontrolle unter irgendwelchen dem bisherigen Zustand ähnlichen Bedingungen auf den Völkerbund über.

Schwieriger gestalten sich die Verhandlungen über den zweiten Fragekomplex, der sich auf die Interalliierte Kontrollkommission bezieht. Das zeigt am deutlichsten der schwere Kampf, der in dem Telegrammwechsel zwischen Paris und Genf zum Ausdruck kam. In Genf haben die Verhandlungen trotz der Bergsetzungen und trotz aufreger Momente nach der übereinstimmenden Auffassung der Delegation, der sich morgen auch das Rabinette anschließen dürfte, unserem Standpunkte vollkommene Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ueber zwei Fragen von großer prinzipieller Wichtigkeit ist man sich noch nicht einig geworden. Es ist behauptet auch nicht richtig, daß der deutsche Minister des Auswärtigen in der Frage des Kriegsvertrages Konzeptionen für die Ausfuhr von Halbzeug gemacht hat. Gerade in dieser Frage hat sich die Lage zu unseren Gunsten entwickelt, indem bei den kommenden diplomatischen Verhandlungen nicht mehr die Exportfrage im Vordergrund stehen wird.

Cecil über die Aussichten auf allgemeine Abrüstung.

London. Lord Cecil erklärte gestern bei der Eröffnung der Sitzung des Generalrates der Völkerbundsunion in der Carlton Hall Westminster: Der Völkerbund muß der großen Frage der Verminderung und Beschränkung der Rüstungen gegenüberstehen, und von dem Erfolg oder Mißerfolg seiner Tätigkeit in dieser ersten Frage wird meiner Ansicht nach seine Autorität und sein Prestige für viele Jahre abhängen. Die Krisis nähert sich! Ich hoffe, daß die am 1. März 1927 zusammen tretende vorbereitende Kommission für die Abrüstung nicht auseinandergehen wird, ohne eine Konvention für die Verminderung der Rüstungen entworfen zu haben. Vielleicht wird dieser Entwurf nicht vollständig sein. Es ist wahrscheinlich, daß die tatsächlichen Abrüstungsschritte später geteilt werden müssen. Das allgemeine Resultat, das sich aus der sorgfältigen Durchsicht der

Berichte des technischen und militärischen Ausschusses ergibt, ist, daß die Abrüstung zweifellos nicht nur ein Traum von Idealisten ist, sondern ein praktischer Plan, der durchgeführt werden kann. Der Völkerbund darf seine Energie nicht verstreuen durch Versuche, die potentielle Stärke der verschiedenen Länder zu vermindern oder gleichzumachen, notwendig ist vielmehr, die tatsächlich verfügbaren Angriffskräfte der Welt so zu vermindern und zu beschränken, daß man nicht vor plötzlichen Kriegsausbrüchen ist, die die moderne Zivilisation gefährden würden.

Cecil fuhr fort: Ich kann Ihnen versichern, daß die allgemeine Haltung der in Genf versammelten Regierungen wahrhaft und aufrichtig für die Verminderung und Beschränkung der Rüstungen ist. Ich bin vollkommen überzeugt, daß die Verminderung und Beschränkung der Rüstungen kommen wird. Die entscheidende Frage ist nicht, ob sie kommen wird, sondern wann sie kommen wird. Aber wird sie früh genug kommen, um unsere Zivilisation zu sichern? Dies ist die Frage, die wir uns stellen müssen. Im Zusammenhang mit dieser Tagung des Generalrates der Völkerbundsunion sind unter dem Vorsitz des Arbeiterführers Cignes ein Frühstück statt, auf dem der österreichische Gesandte Baron Frankenstein Ehrenwort war. Baron Frankenstein erklärte in einer Rede: Der Völkerbund hat Österreich geholfen, sich selbst zu helfen, und andererseits hat Österreich durch seine großen und äußerst erfolgreichen Anstrengungen das Prestige des Völkerbundes befestigt. Ich hoffe, daß auf dem Gebiete der Wirtschaft die Nationen Europas bald zusammenwirken werden. Wenn die Nationen sich hinter hohen Tarifmauern verschließen und Wirtschaftskriege führen, so bedeutet dies mehr oder weniger Selbstmord. Auf der Nachmittagsagung des Generalrates der Völkerbundsunion war Lord Grey der Hauptredner. Er erklärte u. a.: Der Völkerbund bietet für die Völker der auswärtigen Politik einen guten Treffpunkt, um in persönlicher Fühlung miteinander zu kommen und einen Plan, wo sie frei miteinander sprechen können, ohne Armee in irgend einem anderen Lande zu erregen. Grey wandte sich dann der Abrüstungsfrage zu. Er wies darauf hin, daß weiterhin zwei große Nationen außerhalb des Völkerbundes stehen, Rußland und Amerika.

Genf vor dem Reichskabinett.

Berlin. (Funkspruch.) Das Reichskabinett ist heute vormittag gegen 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten, um den Bericht des Außenministers über das Ergebnis der Genfer Verhandlungen entgegenzunehmen. Da das Kabinett bereits vor den letzten Entscheidungen unterrichtet war, wird in politischen Kreisen angenommen, daß es auch in dieser Sitzung offiziell die Politik des Außenministers billigen wird.

Berlin. (Funkspruch.) Die das Volkswort erfährt, nahm die Sitzung des Reichskabinetts etwa 2 Stunden in Anspruch. In den Bericht des Reichsaußenministers über die Genfer Verhandlungen schloß sich eine Aussprache, in der die Übereinstimmung mit dem Außenminister zum Ausdruck kam. Ferner beschäftigten sich die Minister natürlich auch mit der weiteren Entwicklung der innerpolitischen Lage.

Berlin. (Funkspruch.) Nach den Beschlüssen des Generalrates des Reichstages wird am Donnerstag und Freitag die große politische Debatte stattfinden, jedoch über Außenpolitik und Reichswehrfragen, über etwa vorliegende Vertrauens- oder Misstrauensanträge wird am Freitag abgestimmt werden. Ob die Sozialdemokraten von sich aus ein Misstrauensvotum einbringen werden, wird von dem Verlauf der Debatte abhängen. Am Freitag wird sich der Reichstag bis zum 19. Januar 1927 vertagen.

Briands Kampf mit dem Kabinett.

Paris. (Funkspruch.) Wie der Außenpolitiker des „L'oeuvre“ mitteilt, hat Briand mit den Kabinettsmitgliedern um die Freisetzung des Zeitpunktes der Zurückziehung der interalliierten Militärkontrollkommission aus Berlin einen schweren Kampf führen müssen. Mehrere Mitglieder des Ministeriums hätten Briand nicht das Recht einräumen wollen, Dr. Stresemann bedingungslos die Zurückziehung der Militärkontrollkommission zu bewilligen, weil die Beschränkungs-Konferenz sich nicht in allen Punkten der Entlassung für befriedigt erklärt habe. Briand habe in Paris geltend gemacht, daß die Engländer und die Belgier ganz anderer Ansicht seien und daß es zweckmäßig wäre, sich in der Form weniger nachgiebig zu zeigen, wenn man in der Sache Einigen entgegenkommen verlangen wolle. Wenn Deutschland sich verpflichtet, Verhandlungen unmittelbar mit der Beschränkungs-Konferenz aufzunehmen, dann wäre es, falls sie ohne Erfolg blieben, nicht unmöglich, daß der Völkerbund sich als wirksamer erwies als die interalliierte Kontrollkommission. Paris habe dann immer noch geschwankt und Einwendungen erhoben, aber schließlich nachgegeben, jedoch gebeten, die Vertragsaufkündigung nicht direkt einem Schiedsgericht anzuvertrauen, wenn Deutschland sie anders anlegen sollte als die Franzosen. Aldann sei das bekannte Abkommen zustande gekommen.

Finanzminister a. D. Dr. Schroeder tot.

Dresden. Am Montag nachmittag starb in einer tiefen Privatkrise der sächsische Finanzminister a. D. Dr. Schroeder im 60. Lebensjahre. Der Verstorbenen hat sich in seiner sächsischen Heimat große Verdienste als Kommunal- und Finanzpolitiker, Staatsmann und Vertreter in den Reichlichen Organisationen erworben.

Dr. Max Otto Schroeder, der sich als Kommunal- und Finanzpolitiker, als Staatsmann und als Vertreter in den Reichlichen Organisationen ausgezeichnet hat, ist am 4. Oktober 1868 in Rohwein als Sohn eines Postamtsleiters geboren worden und studierte nach dem Besuch der Fürsten- und Landesschule St. Afra zu Weichen von 1879 bis 1883 auf den Universitäten Leipzig und Berlin Jura. Vom 15. Februar 1883 an absolvierte er den gerichtlichen Vorbereitungsdienst an den Amtsgerichten Weidau und Grimma, beim Rechtsanwalt Dr. Hempel in Weidau und zuletzt beim Stadtrat in Freiberg. Nachdem er im November 1888 die zweite juristische Staatsprüfung bestanden hatte, war er bis April 1891 Rechtsanwalt in Weidau und von da bis Ende 1896 Rechtsanwalt und Notar in Grimmitzschau. Vom 1. Januar 1897 bis 15. Oktober 1900 war er Bürgermeister in Freiberg und wurde am 16. Oktober 1900 Oberbürgermeister in Weichen. Schon als Bürgermeister von Freiberg wurde er im Jahre 1907 als Mitglied in die Erste Ständekammer berufen. Am 1. Juli 1903 erfolgte seine Berufung in das Finanzministerium als Ministerialdirektor der 1. Abteilung mit dem Titel „Geheimer Rat“. Dessen Geschäftsbereich umfaßte die Angelegenheiten des Staatshaushalts, des Staatsschatzes und des Staatsrechnungswesens, des Reichsfinanzen- und Münzwesens, die Verfassungssachen und Personalangelegenheiten beim Finanzministe-

rium, des Abgaben- und Steuerwesens, die Lotteriesachen, das Staatsschuldenwesen, die Landesbank, die Landes-Instanzenbank und die Altersrentenbank sowie die Hofapotheke. In dieser Eigenschaft ist er zugleich ernannt worden zum Kommissar und Vorsitzenden der Landesbank- und Altersrentenbank, zum stellvertretenden Bundesrats-Bevollmächtigten, zum Mitglied des Komptenzgerichtshofes und zum Mitglied des Disziplinargerichtshofes. Am 1. Mai 1908 übernahm er zugleich auch die Stellvertretung als Vortragender Rat im Gesamtministerium und wurde am 1. November 1909 Vortragender Rat dafelbst. Am 25. Mai 1912 wurde er zum Wirklichen Geheimen Rat mit dem Prädikat Excellenz ernannt. Ende Oktober des Jahres 1918 wurde Dr. Schroeder Nachfolger des Ministers v. Tendam in der Leitung des Finanzministeriums, die er bis zum Umsturz inne hatte.

Vor einer Klärung der innerpolitischen Lage.

Berlin. 15. Dezember. In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Sozialdemokraten ihre Drohung, bei der dritten Lesung des Nachtragsetats ein Misstrauensvotum gegen die Regierung einzubringen, nicht verwirklichen werden. Eine eubäulische Klärung hierüber wird erst die heutige Fraktionssitzung der Sozialdemokraten bringen können. Die Regierungsparteien scheinen entschlossen zu sein, eine Erklärung des Inhaltes zu veröffentlichen, daß sie demnach, d. h. unmittelbar nach Weihnachten, bereit seien, eine Erweiterung der Regierungskoalition vorzunehmen. Ob es sich hierbei um eine Erweiterung der Koalition nach rechts oder links handelt, wird nicht gesagt werden. Die Wirtschaftspartei hat sich in bereit gegen jede

Die päpstliche Friedensaktion von 1917.

Die Verhandlung des Unterhandlungsaußschusses.

(Fortsetzung des gestrigen Berichtes.)

Abg. Berlin. Nach einer längeren Geschäftsverhandlung wurde der frühere Beschluß erneuert, Herrn von Rühlmann nicht zu hören.

Abg. Scheidemann als Mitglied des früheren Siebenerausschusses redete an den Herren Dr. Michaelis eine Anzahl Fragen, die dieser zu beantworten ablehnte, und sagte weiter, daß die Aufgabe des Siebener Ausschusses im Hinblick auf die Lage der Dinge in der Welt nicht mehr die Aufgabe sei, die Kurie genau im Bilde zu setzen, sondern die Aufgabe sei, die Kurie zu überzeugen, daß sie nicht mehr die Bedingung für die Herstellung der Weltfriedensaktion sei, sondern daß sie nur ein Hindernis für die Herstellung der Weltfriedensaktion sei.

Herr Dr. Michaelis erwiderte daraufhin seinen Dank, daß Herr v. Rühlmann vom Ausblick abgesehen werden möge.

Die Mitteilungen anderer Mitglieder des Siebenerausschusses, der Abg. Dr. Meuser und Graf Dönhoff, brachten nichts Neues zu dem ganzen Angelegenheit.

Sachverständiger Dr. Greb hielt Michaelis gegenüber seine Vorlesung in allen Punkten aufrecht. Der Brief des Kaisers aus Doorn an Dr. Michaelis sei sehr honorar, der Kaiser wolle die ganze Schuld auf sich nehmen, aber wobei soll dann der Kaiser in Doorn Einsicht in die Akten haben können können.

Reichskanzler a. D. Dr. Michaelis betonte darauf, er müsse die Genehmigung des Herrn v. Rühlmann bitten, damit volle Klarheit geschaffen werde. — Weiterhin erklärte Dr. Michaelis, die Antwort Baccell's sei dem Kaiser deshalb nicht zur Kenntnis gebracht worden, weil es eine Antwort auf einen vertraulichen Brief war und man hätte nicht verlangen können, daß der damalige Reichskanzler von jedem Brief dem Reichstag oder einem Ausschuss Mitteilung mache. Man könnte höchstens sagen, es sei nicht klug von ihm gewesen. Der Brief sei verliert worden, weil mit der Kurie Verhandlungen schwebten, über die nur Herr v. Rühlmann erscheinende Auskunft geben könne. Das solle nicht etwa heißen, als wenn er sich vor der Aufgabe drücken und hinter seinen Staatssekretär verstecken wolle. Höhere Mitteilungen über alle diese Dinge könne nur Herr v. Rühlmann machen. Würde dieser nicht gebürt, so würde er, Dr. Michaelis, aus diesem Saale mit der demütigsten Empfindung scheiden, daß der Ausschuss ihn bei der Verfolgung der Wahrheit im Stich ließe.

Ein Vertreter des Reichstages erklärte, daß dem früheren Kaiser oder einem Beauftragten von ihm vom Auslandigen Amt oder der Regierung kein Aktenschlüssel oder Ausweis und Mitteilungen daraus zur Verfügung gestellt werden seien.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Dr. Michaelis und Dr. Greb.

Abg. Scheidemann gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Siebenerausschuss hintergangen worden sei. — Dr. Michaelis betonte erneut, daß der Brief Baccell's vertraulich war und auch von der Regierung vertraulich beantwortet worden sei. Dem Kaiser hätte nicht gesagt werden können, Belgien werde bedingungslos zurückgegeben. Es war kein Zeichen von Mißtrauen gegen den Siebenerausschuss, sondern es habe sich nur um die unbedingt notwendige vertrauliche Behandlung dieser Dinge gehandelt.

Auf die Frage des Vorsitzenden erklärte Dr. Michaelis, daß die deutsche Regierung für die Veröffentlichung der offiziellen Antworten der Kurie verantwortlich sei. Auf eine Frage des Zentrumsgesandten Jooß, ob über die Nichtvorlage des Runtiusbriefes und des Antwortbriefes an den Ausschuss Dr. Michaelis mit Herrn v. Rühlmann einig gewesen sei, erwiderte Dr. Michaelis, daß von diesem Brief nur der Kaiser, Rühlmann, Seifried und der Reichskanzler gewußt hätten. Die meisten, so erklärte Dr. Michaelis weiter, keine Teile Belgien behalten, aber wir wollten verhindern, daß es wieder Seitenhänge machen könnte und wollten, daß es wirklich von uns abhängig würde durch eine Gemeinschaftlichkeit des deutschen und belgischen Kapitals. Auf die handschriftliche Notizen, die verzeichnet, aber dafür von England Staatspunkte im Mittelmeer haben, in Valona oder auf Korfu.

Weiterhin teilte Dr. Michaelis mit, daß, als Herr von Rühlmann Staatssekretär wurde, er ihm eine Art Programm schriftlich vorgelegt habe, in dem es auch die Belgien wieder hergestellt werden müsse, aber auch verschiedene Forderungen aufgestellt wurden, die vorher erfüllt werden mußten. Zwischen Rühlmann und Michaelis habe ein Unterschied eigentlich nur darin bestanden, daß der Reichskanzler volles Vertrauen in den Leistungen von Herr und Martin hatte, während Rühlmann ein kritischerer

Beobachter war und eher geneigt, auf einen möglichst schnellen Frieden hinzuwirken. Der Siebenerausschuss sei eben darum, weil er nicht von dem Vertrauen des Kaisers getragen wurde, eingeschlossen.

Die weitere Verhandlung des Reichskanzlers a. D. Dr. Michaelis wurde auf heute Mittwoch vormittag vertagt. In dieser Sitzung wird auch Staatssekretär a. D. v. Rühlmann geladen werden.

Staatssekretär a. D. v. Rühlmann

erklärte heute, die begeisterte Bewegung im deutschen Volk zum Frieden habe die Kurie in die Lage versetzt, es habe eine gewisse Friedensmöglichkeit bestanden und sie sei durch laienhaftes oder schuldhaftes Handeln aber Unterlassen der Reichsregierung verstimmt worden. Von Rühlmann gibt dann einen Überblick über die Ereignisse und weist darauf hin, daß auf Frankreichs Seite damals nur die leichere Seite eine Geneigtheit vorhanden war, auf englischer Seite eine Geneigtheit vorhanden war, auf amerikanischer Seite eine Geneigtheit vorhanden war, auf französischer Seite eine Geneigtheit vorhanden war.

Mit der Erklärung des französischen Außenministers, daß er sich unter keinen Umständen auf den Weg schleppen lassen könne, auf den der Vatikan ihn zu ziehen bereit sei, war die Angelegenheit damals vollkommen abgebrochen. Bei meinem Eintritt habe ich dem Reichskanzler Dr. Michaelis präzis erklärt, daß ich die militärische und innere Situation Deutschlands so beurteile, daß ich es für unbedingt nötig halte, sobald wie möglich zum Frieden zu kommen. Unsere politischen Verhältnisse waren jedoch überaus schwierig, da ein neuer Faktor, die oberste Oereleitung, entstanden war. Es wurde damals beschlossen, durch eine geeignete neutrale Persönlichkeit feststellen zu lassen, ob bei England irgendwelche Friedensgeneigtheit bestünde. Es war vollkommen klar, daß neben der esch-lothringischen Frage, die anscheinend im Hintergrunde stand, aber an Bedeutung alle anderen überstieg, der belgischen die Hauptbedeutung zukam. Wir waren bereit, die Unverletzlichkeit Belgiens zuzulassen, aber wesentliche Teile der öffentlichen Meinung und der obersten Oereleitung waren Belgien gegenüber ungeneigt eingestellt. Sie forderten mindestens eine politische und industrielle Durchdringung dieses Gebietes, was ich von vornherein für ausgeschlossen hielt. Trotz der Belästigung des Frontates im Ostsee Becken hat sich die oberste Oereleitung auch später wieder auf annerkennungsfähige Pläne eingestellt, weil sie meinte, die Beschlüsse hätten nur für das laufende Jahr Geltung gehabt. Ich hatte den Eindruck, daß zur Zeit der päpstlichen Friedensaktion bereits eine bindende Verpflichtung Englands bezüglich Belgien-Vorbringens Frankreich gegenüber vorläge. Alle Pläne, den Reichstag nach Hause zu jagen und diktatorisch zu regieren, hielt ich für absoluten Wahnsinn. Ich habe vielmehr dem Kaiser gesagt, daß man sich nicht auf eine parlamentarische Regierung kommen müsse. Die Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler, insbesondere der Eintritt des Herrn von Payer in das Reichskabinett war eigentlich der entscheidende Schritt im Sinne der Parlamentarisierung der Regierung. Neben den offiziellen Verhandlungen sind selbstverständlich auch halboffizielle, vertrauliche und private Korrespondenzen eingegangen. Wie die sozialdemokratische Partei, so hatte auch die katholische Kirche ein weitverzweigtes Netz privater Korrespondenzen.

Der Junge bringt sodann die offizielle Note des Papstes zur Verlesung und erklärt, es gebe daraus hervor, daß der Vatikan auf dem Standpunkt geblieben habe, daß der Brief vom 24. September nicht eine Verneinung unserer Bereitwilligkeit gemeint sei. Der Junge kommt dann auf die Verhandlungen im Reichstag zu sprechen und führt dazu aus, daß diese Mitteilung über den Inhalt des Briefes nicht mitgeteilt werden konnte, da auch dieses Geheimnis für Geheimhaltung keine volle Gewähr geboten habe, wie auch nicht einmal das Hauptquartier eine solche Gewähr geboten hat. Die Kurie würde sich der Veröffentlichung des Briefwechsels widersetzen haben und es bestand die größte Gefahr, den Friedensschluß der Kurie bei der Entente durch eine Veröffentlichung vollkommen unbestätigt zu machen.

Der Junge schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß auch heute noch das Wesen der diplomatischen Korrespondenz die Vertraulichkeit sei.

An diese Vernehmung schloß sich eine längere Diskussion, in der verschiedene Abgeordnete Fragen an den Jungen richteten. Der Junge erklärte dabei, daß er mit Erdräger in dieser Zeit nur ganz wenige Unterredungen gehabt habe und sich auf Einzelheiten nicht mehr bestimmen könne.

Darauf wurden die Verhandlungen auf Freitag vertagt.

Beauftragung der Reichsregierung aufgegeben, in der die sozialdemokratische Partei vertreten sein wird. In dem Zusammenhang wird für den Fall des Ausscheidens der Deutschen Volkspartei der Plan erörtert, die Deutsche Volkspartei für eine Beteiligung an der Regierung an der Handlung der Weimarer Koalition zu interessieren. Dem Vorschlag der Deutschen Volkspartei gegen die Beteiligung an der Weimarer Koalition lehnt man jedoch ab, wiewohl zu hoffen, daß man der Deutschen Volkspartei das Reichsfinanzministerium anbieten will, durch dessen Übernahme die Deutsche Volkspartei in der Lage wäre, bei den endgültigen Verhandlungen über den Finanzhaushalt auch den liberalen Geschäftspunkten mehr Rechnung zu tragen. Man hofft, daß Dr. Stresemann in diesem Falle das Finanzministerium als Hochminister behalten könnte, da man besonders in demokratischen und Zentrumskreisen nicht glaubt, daß die Volkspartei im Hinblick auf die notwendige Kontinuität der Außenpolitik in eine unbedingte Opposition gegen eine solche Ministerveränderung treten würde. In Kreisen der Regierungsparteien glaubt man, daß man im Hinblick auf die noch gänzlich ungelöste parlamentarische Lage die innerpolitische Aussprache bis zum ersten Sitzung des neuen Reichstags für 1927, die Anfang Januar stattfinden soll, verschoben will, um den in Betracht kommenden Parteien die Möglichkeit weiterer Verhandlungen über Weimarer zu geben.

Grenzierung der Wartgeldempfänger zur vorübergehenden Beschäftigung.

Abg. Berlin. Der Gesundheitsausschuss des Reichstages beschäftigte sich mit dem Gesuch um die Grenzierung der Wartgeldempfänger und die Verwendung von Wartgeldempfängern. Die Reichsregierung hielt es für angezeigt, eine gesetzliche Möglichkeit für Grenzierung der Wartgeldempfänger zur vorübergehenden Beschäftigung zu schaffen. Die Notwendigkeit dazu liegt nach Ansicht der Regierung auch im Interesse der Reichskassen. Bei der großen Zahl von Wartgeldempfängern müsse auf Verringerung der öffentlichen Ausgaben darauf Bedacht genommen werden, die Wartgeldempfänger durch weitgehende Grenzierung der Wartgeldempfänger einzuschränken. Der Ausschuss nahm das Gesuch mit der Maßgabe an, daß die gegenwärtig geltenden Bestimmungen über Grenzierung der Wartgeldempfänger bis zum 1. Juli 1927 verlängert werden.

Demokratische Forderungen zur Reichswehrfrage.

Abg. Berlin. Die Vertreter der demokratischen Reichstagsfraktion haben den übrigen Regierungsparteien in der Reichswehrfrage eine Entschließung zur Neuerung und Zustimmung vorgelegt, von deren Annahme oder Ablehnung die Demokraten ihre weitere Mitwirkung innerhalb der Regierungskoalition abhängig machen wollen. Die vorgelegte Entschließung ist in der folgenden Fassung: Die Demokraten fordern die Demokraten in dieser Entschließung u. a., daß unbedingt dafür gesorgt werden müsse, daß die Reichswehr jede Beziehung zu den Reichsverbänden löse. Es wird weiter gefordert, daß Bestimmungen getroffen werden, wodurch jeder Verkehr von Reichswehrangehörigen mit solchen Organisationen als Dienstvergehen betrachtet und so bestraft werden müsse. Ferner ist vorgeschrieben, daß die Entlohnung der Reichswehr durch Unterricht und durch Anwesenheit eine Förderung erfahren soll. Außerdem wird in dieser Entschließung der Erlass einer Verordnung gefordert, in der festgelegt ist, daß bei Erlass sowohl von Offizieren wie von Mannschaften neu eingestellte Leute auf dem Boden der Befähigung stehen. Ferner ist ein Erlass der Reichsregierung an die Offiziere und Mannschaften der Reichswehr vorgeschrieben, in dem unbedingte Haltung vor den Angehörigen der Deutschen Republik gefordert und ihre Befähigung als unbedingte Notwendigkeit bezeichnet wird. Die anderen Regierungsparteien haben zu der Angelegenheit noch nicht endgültig Stellung genommen.

Wißtümung im französischen Heere.

Abg. Paris. In einem Schreiben an Finanzminister Poincaré, in dem von der Erhöhung der Löhnen und Besoldungen die Rede war, soll Reichsminister Waldeck-Rousseau nach dem Echo de Paris geschrieben haben, im Heere herrsche unzureichende Disziplin. Die Offiziere und Berufsunteroffiziere des Heeres seien entmuttert und lüdenlos. Die Disziplin werde sich von den Militärschulen weg und berichte so der Armee ein Ende, die in moralischer und technischer Hinsicht seit 50 Jahren Frankreichs Größe und Macht ausmache. Einer der Hauptgründe hierfür sei sicher in dem materiellen Schwierigkeiten zu suchen, die besonders in den mittleren und höheren Stellen sich bemerkbar machten. Viele müßten bei Wahl des Berufs von vornherein auf die Möglichkeit verzichten, eine Familie zu gründen, auch hätten sie keine Hoffnung, schließlich zu einer genügend bezahlten Stellung zu gelangen. Dies gelte zwar für alle Beamten, aber im besonderen für die Militärs. Man müsse noch hinzufügen, daß andere Elemente eingegriffen hätten, die in den Kadres die Befähigung erzeugt hätten, daß die Nation sich nach dem Kriege von 1914/18 von ihnen abwende und nicht mehr geneigt sei, die Vorteile zu gewähren, die mit den Opfern, die sie von ihnen fordere, in richtigem Verhältnis ständen.

Die Durchführung des Jugendschutzgesetzes.

Abg. Berlin. Entgegen anders lautenden Mitteilungen ist festzustellen, daß über die Durchführung des Jugendschutzgesetzes in der Reichsregierung noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden ist. Das Gleiche gilt hinsichtlich der vom Reichsminister des Innern mit Zustimmung des Reichsrats zu erlassenden Ausführungsbestimmungen. Der Erlass dieser Vorschriften wird der Reichsminister des Innern einem ihm gegenüber aus den Kreisen der Vorleger geäußerten Wunsch, sie anzuhören, nachkommen.

Dr. Mumm zum Reichsschulgesetz.

Abg. Stettin. Seitdem fand hier zum erstenmal eine kirchliche Tagung des Landesverbandes Pommeren der Deutschen Nationalen Volkspartei statt, die u. a. auch von Vertretern des pommerischen Konfessionsrats und mehreren Reichstags- und Landtagsabgeordneten besucht war. Reichstagsabgeordneter Dr. Mumm hielt einen Vortrag über kirchlich-kulturelle Fragen im Reichstag. Der Schulstreik in Preußen und die übrigen kirchlichen Schulverhältnisse auf dem Gebiete der Religionsparteien in Sachen liegen die sofortige Vorlegung des Entwurfes für ein Reichsschulgesetz als dringend notwendig erscheinen. Falls der Reichsminister seine in dieser Hinsicht geäußerten Versprechungen auch in Zukunft nicht einhalten werde, müsse sich die Deutsche Nationalen Volkspartei mit der Forderung eines entsprechenden Initiativantrages vertraut machen. Sehr nahelegend sei dann auch die Frage eines Volksbegehrens. Auf der Tagung wurde beschlossen, einen kirchlichen Ausschuss beim Landesvorstand der Partei einzusetzen, der sich ständig mit den kirchlich-kulturellen Fragen befassen soll.

Serbe Entschädigung in der Saarfrage.

Genf, den 13. Dezember 1926.

Die 48. Tagung des Völkerbundes ist vorbei. Die Tagesordnung war sehr umfangreich und bot interessante Bilder in Höhe und Fülle. Die Deutschen interessierte in erster Linie die Frage der Abberufung der Willkürkontrolle und der Verfall der Invektionsverträge, wie es der Versäufel Vertrag vorseht. In den ersten Tagen der Tagung war auch die Frage des Abtransportes der französischen Truppen aus dem Saargebiet Gegenstand lebhafter Debatten. Die Tatsache, daß die sogenannte Saardelegation zum Vorkommen in Genf geworden ist, und die vielen Intervenienten dieser, die Gebild nicht verlassenden Vertreter der Saarbevölkerung beweist, in wie großem Maße man in deutschen Kreisen besonders der Lösung dieser Angelegenheit Bedeutung beimä. Aber auch die neutralen Völker, so wie allem die schweizerische und die holländische hatten für die Bedeutung der Saarfrage das größte Verständnis, nicht allein im Interesse des Völkerbundes selbst, sondern auch vor allem im Interesse des Völkerbundes selbst, dessen Verträge gerade an der Saar und durch dieses Gebiet sehr stark engagiert ist.

Interessant ist es, als ob die Saartruppen endgültig zurückgezogen werden sollten. Die optimistische Auffassung liegt bei den Experten auf harten Füßen. Der Präsident der Saarregierung war persönlich herbeigeeilt, um dem Reich zum Siege zu verhelfen. Doch in der Politik, auch in der des Völkerbundes, regiert nicht immer das Recht. Von Genf aus scheint dem französischen Mitglied der Saarregierung ein Wort gegeben worden zu sein, jedoch zum großen Schrecken der Deutschen. Die Folge hiervon war, daß auch das französische Mitglied der Regierungskommission es als seine moralische Pflicht betrachtete, in Genf die Interessen der Bevölkerung zu vertreten.

Ungeachtet der Tatsache, daß der Rat die Kruppfrage des Saargebietes bereits zweimal vertagt hatte, glaubte man damit rechnen zu dürfen, daß dieses Mal endlich eine Lösung gefunden werden würde. Es ist bekannt, daß die

Regierungskommission über den Rückzug der Truppen keinerlei Meinung in der letzten Note vom Mai 1926 war. Man hoffte daher allgemein auf einen Kompromiß, der offensichtlich durch den Widerstand der französischen Dichtung im Völkerbundesrat nicht zustande gekommen ist. Der Rat beschloß vielmehr, die Frage nochmals zu vertagen, mit der Begründung, daß eine Ueberprüfung der Saarregierungsmitglieder erst erledigt werden müßte, und daß die Vorschläge, die von der Saarregierung gemacht worden seien, nicht genügt, um den Transport und die Sicherheit der Saartruppen zu gewährleisten. Für den Rückzug kann diese Entscheidung nichts anderes bedeuten, als die Verlegung des französischen Einflusses im Völkerbundesrat. Als sehr interessant verdient festgehalten zu werden, daß in dem Bericht des italienischen Staatsrats nicht davon enthalten war, daß Frankreich nun doch endlich mit dem französischen Abtransport der Truppen beglücken müßte, obwohl der Rat bekanntlich in seiner Entscheidung vom 10. Dezember diesen Wunsch ausgesprochen hatte.

Wie ist nun die Haltung des Rates zu bewerten? Ihm es vorweg zu nehmen: Die Saarbevölkerung hat eine erneute, derbe Entschädigung erlitten und das Vorkriegs des Bundes drängt eine katastrophale Niederlage der Völkerbündigungsorganisation an der Saar gleichkommen. Der in Genf vorgelegte Vorfall, einen solchen Rückschlag einzurichten, ist mit Recht verworfen worden. Aber die Gründe zu der Ablehnung dieser Art von Vorkriegs (kleinen Differenzen) stehen zu haben. Die Saarbevölkerung selbst hatte für den Fall, daß ein derartiger Schicksal eintrübe werden würde, gefordert, daß er aus neutralen Ländern bestehen sollte, daß er ferner in Rußland untergebracht werden müsse und von der bestehenden Macht besetzt werden sollte. Auch diese Lösung war sicher nicht ideal, aber es war immerhin ein Ausweg, der die Bevölkerung mehr befriedigt hätte, als das weitere Verbleiben der Truppen. Das ausfallende, harte Interesse der französischen Generäle im Reichsministerium zeigt deutlich den Weg, der in Genf gegangen wurde: Es war der Weg der weiteren Rechtsdrehung unter den Augen des Völkerbundes. Es ist nicht klar, warum der Rat trotz der klaren Rechtsverhältnisse immer wieder die Dinge auf die lange

Bank bleibt und so in beiderseitiger Weise dazu beiträgt, das Vertrauen in das internationale Recht, wie in das Rechtsbewusstsein überhaupt, zu erleichtern. Organische Zusammenhänge mit der in Ordnung geordneten Weltordnung können nicht mehr bestehen; jedoch ist für eine bessere Welt im Bewusstsein der Menschheit zu sorgen. Die Welt ist unabhängig von der Weltordnung zu lösen. Frankreich würde sich in seinen militärischen Aktionen der Weltordnung gegenüber nicht verhalten, wenn es nicht immer wieder im Weltbündnis eine Hilfe für das weitere Verbleiben der Kräfte an der Seite hätte. Die deutsche Regierung bezieht die Sachlage an der Saar unter dem großen Gesichtswinkel der allgemeinen Weltordnung. Anders ist es mit der Saarbesetzung. Sie ruht auf das ihr durch das Saarstatut gegebene Recht. Man kann über die Zweckmäßigkeit der Säumung der Saar verchiedener Auffassung sein; dass sie jedoch sicher, mehr die Saar von den französischen Truppen entzieht, so wäre der Weg zur Befreiung des Rheinlandes nicht mehr so bornenlos, wie er trotz aller, regierungsseitig in Genf zur Schau getragenen Optimismen immer noch ist. Denn dem Rheinland von Genf geht der Verlust von Paris gegenüber, und es trägt sich, ob die in Genf geführten Verhandlungen nicht wiederum von dem Vordringen an der Seine verhindert werden. Gerade in der Saarangelegenheit macht sich ein Einfluss stark bemerkbar. In angesehener Kreise ist es kein Geheimnis, dass es Voltaire's Wert mittels der Genette als des vorgezeichneten Werts war, dass die Tempelruine nochmals zum Beweisen der in ihrem Rechtsinhalten verlebten Saarbürger wieder nicht entschieden worden ist. In Genf hat sich dieses Mal wieder klar gezeigt, dass nicht die Wohlfahrt der Bevölkerung ausschlaggebend ist, sondern ganz andere Interessen den Ausschlag geben, über die später zu sprechen sein wird.

Politische Tagesübersicht.

Die Ausfuhr von Kriegsmaterial noch nicht verboten. Der Weltmarkt hat gemeldet, dass die Ausfuhr deutschen Kriegsmaterials ins Ausland schon von Genf aus verboten worden sei. Dieser Meldung steht nach Auskunft unrichtiger Stellen jede Grundlage. In Genf ist lediglich die Verweigerung der deutschen Regierung zu Verhandlungen darüber ausgesprochen worden. Dass die Verhandlungen unbeschadet der Reichsfrage bis auf weiteres eingeleitet werden, ist schon bekannt gegeben worden.

Der deutsch-italienische Schiedsgerichtsausschuss. Recht, wie wir hören, unmittelbar vor dem Abschluss; er wird aber keinerlei Verhandlungen bringen, sondern es geht in seinem Charakter vollkommen den Schiedsverträgen, die Deutschland schon mit einer ganzen Reihe anderer Staaten abgeschlossen hat.

Die Ankerkredite. Der Reichstagsuntersuchungsausschuss für die Ankerkredite nahm am Dienstag einen Antrag Dr. Herz (Dsp.) an, worin es heißt, dass die Entschädigungszahlungen des Reiches an den Verfall der Ankerkredite auf dem Wechsel zwischen Reichsanwalt Dr. Stresemann und dem Vertreter der Seefahrer-Kommission des Ruhrbergbaus, Dr. Stinnes, vom 20. Oktober bis 18. November 1928 beruhen. In einem ebenfalls angenommenen Klärungsantrag (Dsp.) heißt es: „Dieser Briefwechsel stellt die Ankerkredite dar, deren rechtliche Verpflichtungen für das Reich im Ausschuss verstanden beurteilt wurden. Der Wille der Beteiligten ging nach den Zeugenaussagen der Herren Dr. Stresemann und Dr. Stinnes dahin, dass durch den Briefwechsel rechtlich verbindliche einlagbare Verpflichtungen des Reiches entstehen sollten.“ Weiterhin wurde gesagt, dass der moralische Anspruch, der allen durch den Ankerfall Geschädigten zugesprochen werden muß, unberührt bleibt. Der Ausschuss war sich auch darin einig, dass eine objektive Tatsachenerklärung vorgelegt habe.

Ein Antrag Thüringens zum Sperrgesetz vom Reichstag angenommen. Zu der Verlängerung des Sperrgesetzes, wozu bis zum 30. Juni 1927 alle Prozessverfahren in Härtenabfindungssachen ruhen mußten, wurde in der öffentlichen Sitzung des Reichstags am Dienstag ein Antrag Thüringens angenommen, wozu bis Ablauf der Geltungsdauer des Sperrgesetzes Gegenstände, die zur Vermögensverteilung gehören und deren Verteilung zwischen Land und Fürstentum streitig ist, nur mit Zustimmung des Landes an Dritte veräußert werden dürfen. — Die Reichsregierung ließ gegen diese Bestimmung eines Gesetzesentwurfes rein juristischen Inhalts mit einer Vorfrist materiellen Rechts einwenden, dass die Verabschiedung des Sperrgesetzes im Reichstag, bevor dieser in Ferien gehen würde, dadurch erschwert würde. Thüringen erklärte aber nach den Erfahrungen mit dem bisherigen Sperrgesetz an seinen Vorstoß festhalten zu müssen, und die Vollversammlung nahm den Antrag Thüringens gegen den Widerpruch der Reichsregierung an.

Abkündigung der Altersversicherung durch die Handwerkskammern. Nach einem Erlass des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe fällt auch der Minister in Uebereinstimmung mit der von den Vereinigten Ausschüssen für Sozialpolitik und Berufshandelspolitik auf der Tagung des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks am 7. Oktober d. J. angenommenen Entschließung die Einrichtung einer zwangsweisen Altersversicherung durch die Handwerkskammern nicht für angängig.

Bestreuer von Auslandsanleihen. Der Steueranspruch des Reichstags laßt bezüglich der Besteuerung der neu aufgenommenen Auslandsanleihen größerer deutscher Industriemerte, wie der A. G. W. usw. den Beschluß, dass diese Auslandsanleihen denselben Steuerbedingungen unterliegen sollen, wie sie bisher bei anderen Auslandsanleihen üblich waren.

Verlängerung des Depotsgesetzes. Der Reichswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags stimmte der Vorlage über Verlängerung des Depots- und Depotsengesetzes mit der Änderung zu, dass die Verlängerung nur auf ein Jahr bis 31. Dezember 1927 bewilligt wurde, während die Regierung die Verlängerung auf zwei Jahre verlangt hatte.

Deutschland als Mitglied des Völkerbundgerichtes. Mit der Unterzeichnung des Protokolls des Ständigen Internationalen Gerichtshofes durch Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann ist Deutschland auch Mitglied des Völkerbundgerichtes geworden. Die die Tätigkeit kundtun bemerkte, dass Deutschland bei der Unterzeichnung nicht jene Klausel unterzeichnete, die bestimmt, dass unter allen Umständen alle Streitigkeiten vor den Ständigen Internationalen Gerichtshof gebracht werden. Diese Klausel ist überhaupt nur von einer Anzahl kleinerer Staaten unterzeichnet worden, während Größmächte sich bisher zur Unterzeichnung nicht bereit gefunden haben. Deutschland hat nunmehr die Pflicht, zu den Rollen des Gerichtshofes beizutragen. Es besteht gleichzeitig aber auch die Möglichkeit, dass deutsche Vertreter in den Völkerbundgerichtshof entsandt werden.

Albert Thomas in Kiel. Auf Einladung der Reichsregierung für soziale Reform sprach am Dienstag der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas in der Universitäts-Kiel über Internationale Sozialpolitik und Völkerfrieden. Er hob a. a. hervor, dass neben der sozialen Verhandlung auch die politische unentbehrlich sei und Deutschland im Internationalen Arbeitsamt die gleichen Rechte genießen müsse. Die deutsche Sprache solle als Verhandlungssprache herangezogen und die Zahl der deutschen Mitarbeiter im Arbeitsamt von 10 auf 16 erhöht werden.

Die Verlegung der deutschen Botschaft in Polen. Im September wird am Dienstag bei der Verlegung der Botschaft

in Warschau der Abgesandte Wolosz eine Rede, in der er erklärte, dass die deutsche Botschaft in Polen seit langem nicht solchen Unterdrückungen und Verhöhnungen ausgesetzt gewesen sei als jetzt. Der Redner wies auf das Verhalten der polnischen Regierung hin, dem die dort wohnenden Deutschen schuldig preisgegeben seien. Seine Reaktion werde infolge des Verhaltens der Regierung gegen das Vorkommen kommen. Im gleichen Sinne äußerte sich auch der Vertreter der ukrainischen Minderheit. Schließlich wurde das Botschaftsprotokoll in zweiter und dritter Lesung angenommen und dem Senat überwiesen.

Die Frage der Pressefreiheit in Polen. Der vom Sejm angenommene Gesetzesentwurf über die Aufhebung des von der Regierung erlassenen Pressegesetzes wurde gestern vom Reichsausschuss des Senats ohne Änderung bekräftigt. Der Ausschuss erklärte in einer Entschließung, dass mit Rücksicht auf die zwischen der Regierung und dem Sejm in Bezug auf die Pressefreiheit bestehenden Differenzen der betreffende Gesetzesentwurf unter allen Umständen auf legitimen Wege zu behandeln kommen müsse.

Der einseitige Abzug der Reichswehr. Bei der tagespolitischen Aussprache, die am Donnerstag und Freitag im Reichstag stattfand, wird Dr. Wirth für das Zentrum das Wort ergriffen.

Reichstagsabgeordneter Jubel schwer erkrankt. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Jubel ist gestern schwer erkrankt. Er wurde gegen Mittag in beklagenswertem Zustand in das Berliner Urban-Frankenhaus gebracht. Sein Zustand gibt zu ernsten Befürchtungen Anlass. Jubel ist im 79. Lebensjahre.

Quadranten deutscher Eigentums in Belgien. Der Bund der Auslandsdeutschen weist darauf hin, dass die belgische Regierung vom 1. September 1928, durch die sämtliche noch schwebenden Konzeptionen deutschen Privateigentums in Belgien in das Stadium der Liquidation übergeführt worden sind, für die Einziehung von Steuern, die sich auf Veräußerungsgewinnen des belgischen Liquidationsgesetzes stützen, eine Frist festsetzt, die am 24. Dezember dieses Jahres abläuft.

Ein amerikanischer Dampfer auf dem Panamakanal beschossen. Wie die Chicago Tribune aus Santos meldet, ist der Standard Oil Company gehörende Dampfer Reising gestern von den Revolvertruppen in Brasilien von Santos aus beschossen worden. Der Dampfer Reising erwiderte das Feuer mit seinen Maschinengewehren und brachte das Schiffsfeuer zum Schweigen. Amerikaner sind bei dem Zwischenfall nicht zu Schaden gekommen.

Das Berliner Staatsarchiv erneut verwaist. Der Direktor des Berliner Staatsarchivs Dr. Th. Schulze, der nachfolter des in der Nacht zum Montag verstorbenen Geheimen Archivrats Professor Dr. Wasthe, ist in der vergangenen Nacht ebenfalls plötzlich gestorben.

Neubestellungen!

für halben Dezember 1928

auf das täglich erscheinende Meiser Tageblatt werden jetzt von den Zeitungskäufträgern sowie zur Vermittlung an diese von der Tagesblatt-Geschäftsstelle in Meisa, Goethestraße 59 (Fernsprecher 20) entgegengenommen.

Preis für halben Dezember durch Zeitungsboten frei Haus R. 1.15.

Das Arbeitschutzgesetz im Reichswirtschaftsrat.

Abg. Berlin. Der Sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrats behandelte gestern erstmalig den Entwurf eines Arbeitschutzgesetzes. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums betonte, dass dieser Gesetzesentwurf einen Teil eines umfassenden allgemeinen Arbeitschutzgesetzes bilde, das in einem besonderen Teil durch Sondergesetz für einzelne Berufsgruppen ergänzt werden würde. Die Reichsregierung machte von der Stellungnahme der beteiligten Faktoren zu diesem Gesetzesentwurf ihre Haltung zur Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit abhängig, da sie durch die Annahme des vorliegenden Gesetzes die Gewähr haben müsse, den Bestimmungen des Washingtoner Abkommens im Rahmen der deutschen Gesetzgebung gerecht werden zu können. Der Ausschuss übernahm hierauf den Gesetzesentwurf einem Arbeitsausschuss, der seine Arbeiten alsbald aufnehmen wird.

Erkrankung des ehemaligen deutschen Kaisers.

Amherst am. (Sunfpruch.) Wie aus Haus Doorn gemeldet wird, muß der ehemalige deutsche Kaiser wegen Erkrankung und Infuenza das Bett hüten.

Die Wirren in China.

X London. Der Berichterstatter des Daily Telegraph in Shanghai berichtet, dass die Kantonesen ohne Rücksicht darauf, dass General Tang-Sen sich für sie erklärte, eine Streitmacht gegen ihn entsandten, die die Truppen des Generals zum Rückzug zwangen und die Stadt Chaohi Kubaumärkte von Canton einnahmen.

Vermischtes.

Charlie läßt sich scheiden! Aus Hollywood, dem Filmbühnenzentrum Amerikas, das alle „Sterne“ des dortigen Kontinents beherbergt, kommt eine aufregende Nachricht: Charlie Chaplin, der „Schwarz“ zahlloser Menschenkinder auf dem Erdball, läßt sich scheiden. Schon seit geraumer Zeit ging ein Gerücht und Gerüchte in Hollywood um, daß der „Chaplin“ nicht alles mehr so hätte wie zu Beginn ihrer höchst romantischen Ehe, die geschlossen wurde, als Lita Grey, wie Charles' Frau als Mädchen hieß, kaum sechzehnjährig war. Damals durfte sie nach amerikanischem Gesetz, noch nicht einmal ein Jahr betragen. Heute ist die achtzehnjährige Mutter zweier Söhne, mit denen sie jetzt, nach einem ermutigen Jahr mit ihrem berühmten Gatten, dessen schillernde Hülse verlassen hat, um zunächst bei ihren Großeltern Aufenthalt zu suchen. Charlie besteht auf ihrer Forderung, während die junge Frau selbst geschieden zu werden wünscht, um angeblich nicht länger den Rückschlüssen durch ihren Gatten ausgesetzt zu sein. Sie gibt an, daß sein Benehmen für einen Mann und Familienvater so ungeeignet wie möglich ist, und verlangt außer Scheidung eine Abfindungssumme von fast 8 Millionen Mark. Die plötzliche Trennung erfolgte nach einem Streit über eine Gesellschaft, die Frau Chaplin vor einigen Tagen zu geben wünschte, und mit welcher der Herr des Hauses einverstanden war. Charlie ist seinerseits ebenfalls zum Scheitern bereit, wie eine Volkstanz aus Hollywood seinen Vertrauten kundtut. In seinem Schreibtisch liegt ein Inkretat bereit, das er im gleichen Augenblick in den Zeitungen erscheinen zu lassen gedenkt, in dem Lita darauf besteht, der Ehegemeinschaft fernzubleiben. Das Letzt dieses Interesses lautet: Wiederverheiratung!

Nur Schulden, die meine Frau, Lita Grey (Frau Charles Chaplin), macht, komme ich nicht auf, da sie mich freiwillig verlassen hat. Charles Spencer Chaplin. — Im Jahre 1924 wurden die jetzt so leidenschaftlichen Ehegatten heimlich miteinander in Mexiko getraut. Wie gesagt, war die junge Frau zu dieser Zeit eben 16 Jahre alt geworden. Sie lernte ihren Gatten bei einer Aufnahme zu seinem weltberühmten Werk „The Kid“ kennen, wo sie, ohne daß ihr Name genannt wurde, einen der Enori darstellte. Seit dieser Zeit könnte sie nicht wieder, bis Chaplin eine Hauptdarstellerin für sein Meisterwerk „Goldbraut“ suchte. Damals erschien Lita Grey, bevor sie mit ihrer Mutter eine Reise um die Welt antreten wollte, in seinem Atelier. Bezaubert von ihrer Schönheit engagierte sie der temperamentvolle Künstler sofort für die führende weibliche Rolle in dem „Goldbraut“-Film. Dann gab es bald darauf in Fachkreisen eine nicht unbedeutende Sensation. Denn nach Fertigstellung der Komödie ward es bekannt, daß während der Aufnahmen die schöne Lita Grey durch eine andere Schauspielerin, Georgia Hale, ersetzt worden war, und daß alle Szenen, in denen Lita Grey gespielt hatte, noch einmal mit Miss Hale aufgenommen worden waren. Übrigens war seit langem in Hollywood viel von Chaplins unauflöslicher Ehe die Rede. Der große Künstler scheint eben wenig Talent zum Ehestand zu besitzen; denn er ist bereits einmal geschieden. Seine erste Gattin, gleichfalls eine bemerkenswerte Schönheit, war der Filmstar Mildred Harris, die in der nächsten Zeit in London erwartet wird.

Ein Streit wegen der Garber Brückeneinkaufs. Zwischen der Stadt Garb und der Wasserbauverwaltung Estetia ist es wegen der eingeführten Brücke zu einem Konflikt gekommen. Die Wasserbauverwaltung sieht nach einer Revision des „B. L.“ aus Estetia in den noch stehenden Teilen der Brücke eine Gefahr und verlangt die Sprengung. Mit der Sprengung hat sie bereits eine Firma beauftragt, die für die Aufbaumarbeiten allein 140 000 Mark verlangt, wofür die Wasserbauverwaltung die Stadt Garb und die Firma, die den Brückenbau ausgeführt hat, haften machen will. Die Garber Stadtverwaltung ist jedoch der Ansicht, daß noch zwei Bogen der eingeführten Brücke Verwendung finden können. Die Stadt hatte ein Gutachten des Prof. Broost von der Technischen Hochschule in Berlin eingeholt, der sich dahin äußerte, daß beide Brückenteile für den Wiederaufbau ohne Gefahr Verwendung finden können. Trotzdem verlangt die Wasserbauverwaltung die Sprengung. Da es sich um eine volkreiche Maßnahme handelt, hat sich die Stadt beschwerdeführend an das Ministerium des Innern gewandt.

Der Goldene Pfeil! — der schnellste Zug des europäischen Kontinents. Der schnellste Zug des europäischen Kontinents ist die Verbindung Paris—Calais. Der Rekordzug, der die 206 Kilometer lange Strecke aus der französischen Hauptstadt an die Rheinmündung von Calais in 3 Stunden 10 Minuten durchfährt, ist der „Goldene Pfeil“, „The Golden Arrow“, wie ihn die Engländer, „La fleche d'or“, wie ihn die Franzosen nennen. Dieser schnelle und schöne Zug, aus bequemem Kurzwagen bestehend, erreicht eine Geschwindigkeit von 120 Kilometer die Stunde und durchfährt selbst die Bahnhöfe mit 50 Kilometergeschwindigkeit. Die Höchstzahl der Reisenden beträgt bei den zehn Wagen mit fünf Köchen 300, das Personal beträgt rund 60 Köpfe. Bedient wird auch vom Besten der „Goldenen Pfeile“, der Compagnie Internationale des Wagons Littés, daß noch eine Ausrichtung für Telefonie steht, wie sie gegenwärtig in Deutschland mehr und mehr in den D-Büben eingerichtet wird. Als deutsches Gegenstück, das freilich den Paris—Calais-Express nicht ganz erreicht, sei der sehr schnelle Zug Berlin—Damburg genannt, der bei 227 Kilometer in 3 Stunden 24 Minuten durchfährt und eine Geschwindigkeit von 85 Stundenkilometern erreicht.

Der heutigen Tagesblatt-Nummer liegt ein Vordruck des allbekannten „Wachtler Wegweiser“ bei, auf den die Leser aufmerksam gemacht seien.

An der Spitze stehen
Krügerol-Kalmar-Bonbons
mit dem **antiseptisch wirksamen Zusatz** **1000** **REINIGUNG**

Bücher und Zeitschriften.

Bei der Redaktion eingegangen:
Erwin Prinsberg: Von Geylon zum Himalaja. Mit 41 Original-Aufnahmen des Verf. und 200 Holzschnitten der Bilderfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H. Berlin. — Ein Malersmann schildert hier in lebhafter und anschaulicher Sprache die Erlebnisse seiner Reise durch Indien. In seiner Darstellung zeigt sich die ganze gesunde Kraft eines Menschen, der mit offenen, wachen Augen durch das Land schreitet, der alles sieht und alles auf eine Weise darzustellen versteht, die fern von trockenem Begriffen und jedem in jeder Zeile verständlich ist. Einen überaus wertvollen Schatz erhält das Werk durch die Beigabe einer großen Zahl von Originalaufnahmen des Autors und Künstler, aus denen und der blendende Reichtum der alten Kulturstätten Indiens mit erhellender Lebendigkeit entgegentritt. — Bereits einmal ist in einer der Jahresschriften des Volksverbandes der Bücherfreunde ein hervorragend und spannend geschriebenes Reiseerlebnis erschienen: Berger, Der heilige Nil. Das überaus harte Interesse, das die Verlagsleitung dazu erweilung entgegenbrachten, hat die Verlagsleitung dazu bestimmt, nunmehr im Rahmen der Jahresschriften des Volksverbandes über Indien erscheinen zu lassen. Der Preis dieses Jahresschriftenbandes beträgt 3,10 Mark. Durch die Einrichtung der Jahresschriften bietet der Volksverband der Bücherfreunde seinen vielen hunderttausenden Mitgliedern eine vielseitig hochgeschätzte Anregung. Gleichzeitig mit diesem Jahresschriftenband erhalten die Mitglieder kostenlos die neueste Nummer der Vierteljahrsblätter, die diesmal literarisch besonders vielseitig, anregend und wertvoll ist und die die Geschäftsstelle des Volksverbandes der Bücherfreunde, Wegweiser-Verlag G. m. b. H. Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 42/43, aus Interessenten, soweit sie noch nicht Mitglieder sind, unbedenklich zustellt.

Briefwechsel der „Drahtlosen“. Ein Mangel der meisten Radio-Empfänger ist, daß sie nicht trennbar genug sind. Bei der neuen Vervollständigung werden sehr viele Hörer sich darüber beklagen müssen, daß sie drei Stationen gleichzeitig hören. Darum braucht niemand zu verzagen. Das Dezember-Heft der Briefe der „Drahtlosen“, Verlag Alfred Dambisch Düsseldorf-Rath veröffentlicht ein Tropen-Gerät. Das ist ein leicht zu bauendes Einrohr-Gerät, das man vor jeden Empfänger vorinstallieren kann, wodurch man ihn in einen Tropen verwandelt. Man erzielt dadurch sehr hohe Trennschärfe und kann sogar den Ort sender aufhalten. Weiter bringt dieses Heft noch ein sehr interessantes Freilaufschreiben für Empfänger eines schönen Radio-Gerätes. In dem begleitenden Artikel ist die Entwicklung des deutschen und englischen Empfängerbaus nach der ästhetischen Seite hin sehr hübsch behandelt. Der Radio-Apparat ist sehr oft ein Gegenstand, der im Wohnzimmer steht und deshalb auch äußerlich gut aussehen soll. Der Raum ist hier zu knapp, um den sonstigen reichen Inhalt auch nur anzudeuten.

Wenn Du jemanden lieb hast, **schenke ihm Schmuck.** Schmuck bleibt wertvoll und beständig und erinnert deshalb immer an Dich!
 Denselben kauft man preiswert beim Fachmann **Georg Schumann, Gold- und Silberschmied, Hauptstraße 44.**

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN



Orient-Fahrten
 * 1927 *

mit Doppelschrauben-Passagierdampfer
 * „LUTZOW“ *
 15. März bis 9. April
 12. April bis 7. Mai
 nach: Italien / Sizilien / Griechenland / Türkei / Palästina / Aegypten / Dalmatien. Reisedauer: 25 Tage
 Fahrpreis: Mk. 830.- u. höher

Hieran anschließend
Mittelmeerfahrt
 vom 13. bis 30. Mai 1927
 Anlaufhäfen: Genua / Barcelona / Palma / Algier / Malaga / Lissabon / Vigo / Bremerhaven
 Fahrpreis Mk. 450.- und höher

Kostenlose Auskunft u. Prospekte durch unsere Vertretungen
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
 in Riesa: Wilhelm Frenzel Nachf., Wettinerstr. 2



Rama
 butterfein

Weihnachtsbrotung
 zieht durchs Haus mit dem Duft der köstlichen Stoffen, mit denen die Hausfrau ihren Stoben schon lange vor dem Fest einen Vorgesmack der Weihnachtsbrotung gibt. Auch der sparsame Hausvater kann sich diese Vorfreude gönnen, denn „Rama“ butterfein liefert jedem Weihnachtsgebäck prächtiges Gebacken, gibt ihm den reinen Geschmack und denselben Nährwert wie beste Butterbrotung und kostet doch nur 50 Pfg. 1/2 Pfund.

Reinheitsgrad „Der Kaiser“ oder „Der Kaiser“ ist bewiesen.

Volksbühne Riesa!

Den schriftlichen und mündlichen Anfragen, welche in den letzten Tagen bei Unterzeichnetem eingegangen sind, zur Aufklärung, daß die Gründung der Ortsgruppe des Bühnenvolksbundes mit der Volksbühne Riesa nicht identisch ist.

Wir ersuchen um Anmeldung zur Volksbühne. Wer sich noch bis zum 20. Dezember anmeldet, bekommt eine Vorstellung der Sachl. Landesbühne in diesem Monat frei.

Anmeldungen können in der Buchhandl. Blume, Café Promenade, in den Verkaufsstellen des Kaufmännischen und bei den Gewerkschaften erfolgen. Der Vorstand der Volksbühne.

Kuchendeckel
 Schlitzen
 Handwagen
 Treppenleitern
 Küchenbretter
 Wäschekammern
 empfiehlt
Döllscher
 Am Schiachhof.

Männergesangsverein Gröba.

Morgen Donnerstag abends 8 Uhr im Gasthof Große Gröba und am Freitag, 17. Dezember, abends 8 Uhr im Hotel Köpfer, Riesa wiederholte Aufführung des prächtigen Weihnachtsmärchenspiels
„Das goldene Lachen“
 in 4 Aufzügen mit Gesang, Reigen, Balletts und Orchester.

Kartenverkauf: Friseur Jungl und Th. Zimmer, Gröba; Buchh. Blume und Jäger, Riesa; Saaleingang.

Pianos Flügel Harmoniums

Mässige Preise bei allererster Qualität

Tellzahlung:
 kleinste monatl. Raten geringe Anzahlung

Pianofabrik H. Wolfframm
 Verkauf: Dresden-A. Ringstraße 18 Viktoriahau

Sonntag, am 19. Dezember 11 bis 6 Uhr geöffnet.

Rieser Kaffee-Röstwerk
Adolf Bormann
 Meine **Tee-Arten**

indischer und chinesischer Herkunft bieten an Güte u. Reinheit größte Vollkommenheit

Für das Weihnachtsfest empfehle ich

fl. Ceylon Congo-Tee	das Pf. RM 4.80
fl. Ceylon Orange Tee	das Pf. RM 6.00
fl. Darjeeling Orange Tee	das Pf. RM 6.40
fl. Darjeeling Flower and Peccoblasten	das Pf. RM 8.00

Diese Tee-Sorten sind lose oder in meiner eigenen Packung vorrätig und sind 20-30% billiger als die sogenannten Markenmarken. Einkauf von Tee ist daher bei mir als sehr vorteilhaft zu bezeichnen

Rieser Kaffee-Röstwerk
Adolf Bormann
 Wettinerstraße 25.

Pallendes Weihnachtsgeschenk.

Wachlamm in allen Farben von 2.50 M. an
Kleiderlamme in allen Farben, sowie kleine Reste u. 2. M. an
Trikotelle in sehr schönen Farben, für Unterwäsche usw. pallend neu eingetroffen.

Uhligs Massenfabrik- u. Restergeschäft **Paus. Str. 10.**
 Besichtigung ohne Kaufzwang ganz gestattet.

Ein Lichtstrahl für viele Kranke
 ist Naturheilberf. mit magnetischer Behandlung.
 Auf Grund guter Heilerfolge besitze ich das **Vertrauen** von Beamten, Danke schreiben u. Arbeitern. Liegen vor. Ausgebildet im Naturheilberf. nach Dr. med. König u. i. d. magn. Heilkunde nach Dr. med. von Langsdorff.

Anton Stöhr Heil- **Hauptstr. 13** Riesa
 Sprechst. Mittw., Donn., Freitag u. Sonnab. 10-5.

Reiche Auswahl in preiswerten
Damenstrümpfen und Herrensocken
 empfiehlt
Magdalene Elfeld, Goethestr. 45, II.

Fleisch eingetroffen:
 H. Schellisch
 H. Rabian ohne Kopf.
 Carl Planer, Gröba.

Afa. Lichtbildervortrag

Donnerstag, den 16. Dezember, abends 7/8 Uhr im Schulsaal der Gröbaer Schule:
„Ford u. seine Arbeitsmethoden“.

Hierzu sind alle Mitglieder des Deutschen Werkmeisterverbandes, des Zentralverbandes der Angestellten, des Bundes techn. Angestellten und des Deutschen Arbeiterbundes freundlich eingeladen.
 Der Vorstand.

Wertmeister-Bez.-Berein Riesa-Gröba.

Am 16. 12. abends 8 Uhr findet im Vortragssaal der Schule Gröba ein interessanter Vortrag mit Lichtbildern über Ford und seine Riesenbetriebe statt. Eintritt 50 Pfg.

Der Evang. Jungmännerverein Riesa
 veranstaltet am Freitag, 17. Dez., 7/8 Uhr einen **Advents- und Weihnachtsabend** mit Aufführungen, musikalischen Vorträgen u. and. Gäste und Angehörige herzlich willkommen! Eintritt frei! Dobe Straße 9, im Saale des Jugendheims.

Praktisch. Weihnachtsgeschenk.

Moderne elektr. Beleuchtungskörper, elektr. Bügeleisen, Taschenlampen empf. preiswert
Herm. Haftmann, Wettinerstr. 13, I. Etg.

Backwannen Backmulden Kuchendeckel
 Paul Taupitz, im Durchgang.

Bürgerhof.
 Morgen Donnerstag Schlachtfest.

Oelsardinen
 3000 Dosen gute Vorträge, diesen in allen Dosen größen u. Dreislaßen empf.
H. Gruhle.

Geschäfts-Eröffnung.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Riesa und Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich in hiesiger Stadt ein
Kraftdroschkengeschäft
 eröffne. Ich stelle einen modernen, sehr bequemen Wagen in den Verkehr und empfehle denselben besonders zu Hochzeits- und sonstigen Gesellschaftsfahrten.

Mit der Bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens zeichne ich hochachtungsvoll
Alexander Scholze.

Riesa-Weida, den 14. Dezember 1926.
 Telefon wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben.

Don jeder Dame als **Selt-geschenk**

erlebt ist eine schöne **Box.** Wir vert. solche f. 3 A schon, prima 8 A, extraprima 12, 15, 18 A, echte Heiderbüsche 1, 2, 3, 5 A, fl. Waldblumen, Galen- u. Franzblumen, Palm-, K. Christbäume, Beeren, Wäse, Sapfen usw. Wenn Sie irgend etwas brauchen, **Messe, Dresden, Scheffelsstr.** ist immer in allem billig.

Gravierungen und Gummistempel
 Stempelkissen
 seit 1907
E. W. Haase, Riesa
 RIESA, Wettinerstr.

Fernsprecher 327

Der wahre Erfinder der Dampfmaschine.

Vom 10. Jahrestage Salomons de Cand.

Alle Ehren, die dem Erfinder der Dampfmaschine zu kommen, werden seit langem auf das Haupt des Schotten James Watt geteilt, der ja auch tatsächlich als erster den Dampf als Betriebskraft in die gewerbliche Praxis einführte...

„Namen des forces mouvantes“ — so betitelt sich das Hauptwerk des Ingenieurs und Wappstellers Salomon de Cand. In ihm findet sich der Satz: „Das Wasser muß mit Hilfe des Feuers über sein Niveau steigen!“

In der Normandie, vermutlich nahe bei Dieppe, ist Salomon de Cand im Jahre 1576 zur Welt gekommen. Mit hundert also in diesem Jahre nicht nur seinen 800. Geburtstag, sondern auch seinen 350. Geburtstag begehen können.

Der Schatz der Sabäer.

Roman von R. Traca.

1. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Und sein Name?“ Heinz Burkhart von Holmstetten heißt er. — Ich dachte natürlich, der aristokratische Name sollte meinem Blatte hier und da zustatten kommen.

Da sträubte sich Herr Waldemar Gumpendorf nicht länger. Die Adresse, die er dem Spitzbuben zugeschrieben, benannte eine fast nur von der 3. bis 7. Etage bewohnte Vorstadtstraße, und die Hinzufügung „vicaria Stadt“ ließ vollends nicht daran zweifeln, daß Herr Burkhart von Holmstetten in seinem Privatleben der „vicaria“ seinen Gepflogenheiten entlagt haben müsse.

2. Kapitel.

Um die sechste Abendstunde des Tages, an dem er seine Tätigkeit an der Wochenchrift des Herrn Gumpendorf für immer eingestellt hatte, stieg Heinz Burkhart von Holmstetten die Treppe eines vornehmen Mietshauses am Kurfürstendamper empor, um vor einer Tür, an welcher der Name de Beauregard zu lesen war, wohl eine Minute lang kauernd stehen zu bleiben.

Ein sehr korrekt aussehender Diener tat ihm auf und erkundigte sich artig nach seinem Begehren. „Rein Ranc ist Holmstetten, und ich bin von Herrn de Beauregard um meinen Besuch gebeten worden. Darf ich bitten, mich dem Herrn zu melden?“

Dieser gehörten, folgte es 1818 der Prinzessin Elisabeth, die Friedrich, Kurfürst von der Pfalz, heiratete, nach Deutschland. In Heidelberg schrieb er sein schon genanntes Hauptwerk, dem Bücher über Gartenarchitektur, über Sonnen- uhrn usw. vorangingen und folgten. Dort, am Rodar, findet man auch noch verwehte Spuren des Gartenbau- handwerks vor; die Gärten des Fürstentums sind von ihm; außerdem baute er einige Seitenflügel des Schlosses um.

Ein Zeitlang nahm man an, Salomon de Cand sei von Nischen in Sicilien als angeblich Irzer eingewandert worden und dort auch gestorben. Diese Legende basierte auf einem angeblichen Brief, den Marlon Delorme, ein gelehrter Gelehrter ihrer Zeit, an eine Frau, den Gänzlich des Königs, der später hingerichtet wurde, geschrieben haben soll, und in dem es hieß, daß die Frau de Cand in Sicilien erkrankt sei. Später stellte sich heraus, daß dieser Brief eine Fälschung eines Pariser Medailleurs war.

Garzer Sportwinter 1926/27.

(Mitgeteilt vom Nachrichtenbüro der Reichsregierung für Deutsche Verkehrswerbung.)

Als mit seiner guten Schneelage und seinem weiten, freien Schneefeld ist der Garz im Dorado aller Schneekübler der norddeutschen Ebene. Aus Berlin, Hamburg, Bremen, München, den rheinischen Städten sowie aus dem gesamten deutschsprachigen Gebiet eilen auch im Winter die Sportler und die Familien, die lieber zuschauen, in die großen und kleinen Kurorte und Winterportplätze, die sich näher oder ferner um den Broden herum gruppieren.

mit aller Begeisterung und Hingabe unserer Zeit; einzelne dieser Häuser erheben sich weit über Deutschlands Grenzen hinaus eines ausgezeichneten Rufes. Da sind Häuser mit eigener Kapelle, mit Rodmilieu- und Knechtchen, und es finden sich daneben ganz auf Ruhe und Erholung eingestellte Hotels wie gebührende Sanatorien. — Außerdem gibt es im Garz kleinere Gasthöfe, Kaffeehäuser und ähnliche Unternehmungen, die meist nur einem kleinen Kreis bekannt sind. Im Sonnenberger Wogehaus beim alten Wendeborn, im Torhaus, in den „Drei Tannen“, in der Bärerei Königshaus usw. kann man echten Wintergarden erleben. In solchen Plätzen kommt das Schlafen in Frage, und es ist auch bei weitem der verbreitetste Sport. Der jährliche Aufenthalt des Oberharzer Kurorts wird auf dem historischen Gelände des Brunnberges, südwestlich vom Broden, abgehalten, der für Schlafen geradezu ideal ist. Für den Kaufvertrieb, der so schnell beliebt geworden ist, hat man in diesem Jahre Klausthal-Fellerfeld bestimmt. In Wendeborn finden die Winterplätze der höheren Schulen statt, die die Knechtchen-Rohleichen veranstalten und von weit her Zuschauer herbeiziehen. Der große Bergbauernmarkt findet in Braunlage statt, dessen große Burmbergstraße zu den größten Anlagen des Garzes gehört. Auch auf der Kurbroder Straße werden größere Springen abgehalten, wie überhaupt Kurbroder ein Mittelpunkt des sportlichen Lebens im Garzgebiet durch den Bau einer Seilbahn von Klausthal zum Wolfenhaus die Möglichkeit zu schaffen, schnell und bequem in Gebiete mit höherer Schneelage zu kommen. Eibingerode und Eibisch kommen als Eibische immer mehr in Aufnahme, zumal sich einige Hotels in moderner Weise auf Winterbetrieb umgestellt haben. — Gute Skibehälter finden sich im Garz in großer Zahl. Besonders bekannt ist die Steinberger Bahn in Schierke, die Burmbergbahn in Braunlage, die Lauensteiner Naturbahn in Hahnen-See, auf der am 2. Februar 1927 die Deutsche Rodelmeisterschaft für Naturbahnen ausgetragen wird, nachdem in Schierke am 30. Januar die Deutsche Rodelmeisterschaft für Kunstbahnen entschieden worden ist. Auf der Poststraße von Königshaus nach Braunlage ist das Rodelfahren beim Hahnen-See und Thale. Sportplätze wie Zuschauer werden voll auf ihre Kräfte kommen, wenn sie die von freier Winterportplätze weit durchgehenden Parzelle anstehen.

Bei der freien Wohlfahrtspflege zu Ost.

Dr. Berlin. In einem geselligen Abend hatte der Präsident der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege, Graf Hugo von Berchtesgaden, am 2. d. M. in den „Kaiserhof“ gehalten. Es war eine Versammlung der Art, die für die gegenwärtige deutsche Wohlfahrtspflege die verantwortungsvolle Arbeit leisten. Gelegener, Organisator und Praktiker waren erschienen, um ihre für die Durchführung der Wohlfahrtspflege erforderliche Arbeitsgemeinschaft durch eine in der lehrreichen Atmosphäre des geselligen Zusammenkommens gestiegene Kampfbereitschaft und verbündet fester zu binden. Es war erschienen der preussische Minister für Volkswohlfahrt, Disziplinar- und Bittschlichter, Herr Reichsminister Dr. Vetter, und Bittschlichter, Herr Reichsminister Dr. Ritter und die Ministerialräte von Gemmingen und Dr. Müller, gekommen, vom Reichsanwalt Dr. J.

Der Diener verschwand mit einer Berührung, um gleich darauf zurückzukehren und eine der auf den geräumigen Vorplatz ausstehenden Stühle vor dem Besucher zu öffnen. Ein luxuriös ausgestattetes Gemach, ein Mittelding zwischen einem Salon und einem Studierzimmer, war es, das Heinz betrat. Vor dem zwischen den beiden Fenstern aufgestellten nachigen Diplomatenschränke lag ein elegant gefalteter, dunkelblauer Herr, der sich bei seinem Eintritt zum Aufkommen erhob. Auf dem ersten Blick erkannte Heinz in ihm den Mann wieder, den er bei dem handgreiflichen Abschluß seiner Auseinandersetzung mit Waldemar Gumpendorf in der Tür des Redaktionszimmers bemerkt hatte. Die Entdeckung war ihm nicht gerade angenehm. Er erwiderte, daß es darauf abgesehen sein könnte, ihn über irgendwelche Angelegenheiten seines bisherigen Arbeitgebers auszufragen, und er nahm deshalb von vornherein eine so kühl referentielle Haltung an, wie sie ihm in früheren, glücklicheren Tagen als Schutzwall gegen jede zudringliche Annäherung gedient hatte.

„In welchem Zweck ich Sie um Ihren Besuch gebeten habe,“ fiel der andere artig ein. „Gewiß, ich bin Ihnen eine Erklärung dafür schuldig, aber Sie dürfen mich nicht für indiskret halten, wenn ich Ihnen zunächst mit einer Gegenfrage antworte: Haben Sie sich bereits für eine andere Stellung oder Beschäftigung entschieden?“

„Dazu war mir innerhalb dieser wenigen Stunden natürlich noch keine Möglichkeit geboten.“

„Aber Sie haben nach dieser Richtung hin vielleicht schon bestimmte Pläne oder Absichten?“

„Keineswegs.“

„Es würde mir also gestattet sein, Ihnen ein Kriterium zu machen?“

herv. **Wohlfahrtsdirektor Dr. Hermann, Ministerialrat Dr. Lenz** und **Oberregierungsrat Kasper**. Von der freien Wohlfahrtspflege waren die Präsidenten des Centralausschusses für die Innere Mission Dr. Seeburg und die Direktoren Dr. Steinweg und Viktor Benschel, des Caritasverbandes, **Herr Dr. Kreuz**, mit den Direktoren von Aden und Wicken, des Deutschen Roten Kreuzes, Landesdirektor v. Winterfeldt, mit dem Vizepräsidenten Traub und dem Generalsekretär von Rosenhan anwesend. **Parlamentarier** und **Vertreter der Presse** ergriffen zur Mitarbeit bereit, diesen einen wertvollen Teil unserer Sozialpolitik repräsentierenden Kreis. Der Geschäftsführer der Deutschen Liga, Regierungsrat Dr. Höhringer, empfing die Geladenen.

Drei Beschlüsse begründete die Gasse. Die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege sei, so sagte er, einer musikalischen Suite verarbeitbar, deren Variationen schließlich in dem erhabenen Ziele zusammenfließen. Ein für unsere Zukunft bedeutsames Stück wohlfahrtspflegerischer Arbeit wurde nunmehr geeicht. Der Präsident des Kaiserin-Kugela Viktoria-Hauses, Prof. Dr. Langheim, sprach über **Gegenwartig und Zukunft** des **Wohlfahrtswesens**. Die Erhaltung eines jeden einzelnen Menschenlebens sei das Problem der Zeit. Wenn wir leben, das von 100 Todesfällen im Säuglingsalter 80 auf das 1. Lebensvierteljahr kommen, so wird das zum Verhängnis für den Bestand unserer Rasse, wenn wir die Frühversterblichkeit der Säuglinge nicht mit allen Mitteln bekämpfen. Aufklärung weiteher Volkstümlichkeit, namentlich durch die Presse, Unterweisung der Mütter und Hebammen und das Zusammenarbeiten der Versicherungsträger und der öffentlichen und freien Wohlfahrtsvereine sind die Methoden für einen den Bestand der nächsten Generationen sichernden Säuglingschutz.

Die Deutsche Liga der freien Wohlfahrtspflege umfasst die sechs großen Spitzenverbände: Centralausschuss für die Innere Mission, Deutscher Caritasverband, Deutsches Rotes Kreuz, Centralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden, 5. Wohlfahrtsverband, Centralwohlfahrtsausschuss der christl. Arbeiter-Schaft. Der den gewaltigen Umfang dieses sozialen Lebenswerkes ahnen will, der vergegenwärtigt sich, daß mit den von ihm unterhaltenen 7000 Anstalten und Einrichtungen eine Wohlfahrtsstadt aufgebaut werden könnte, deren Einwohnerzahl 350 000 betragen würde.

Berliner Brief.

Wo bleibt der Winter? — **Rassenkündigungen**. — **Was ist die Schönheit?** — **Anna Pawlowa**. — **100 Koffer**. — **Sonnenröhre** — **Photographicautomaten**. — **Das Auto der Nordkommission**.

Berlin, Mitte Dezember 1928.

Die Natur läßt es sich nicht anmerken, das uns nur noch eine reichliche Woche vom Weihnachtsfest trennt. Wenigstens in Berlin nicht, wo es bisher noch kein Atom von Schnee zu sehen gab. Dabei laden in den Schaufenstern sämtlicher Sportgeschäfte die hübschesten Hodelgarmenten, die kostlichen Schlitzen und die prächtigsten Eiskleider zum Kaufe und zur Benutzung in der nächsten Umgebung, deren Rasse ihnen keine Winterportreise erlaubt. Aber was kann ihnen die ganze Pracht nutzen, wenn das Hausvergnügen dazu, der Schnee fehlt?

Ueberhaupt gibt es gerade vor Weihnachten, Mißbilligkeiten aller Art. Durch die neue Wohnverordnung ist es den Vermietern gewerblicher Räume gestattet, deren bisherigen Inhabern zu kündigen. Von diesem Kündigungsrecht ist auch schon in erschreckender Weise Gebrauch gemacht worden. Und so werden wir am 1. April des kommenden Jahres einen Massenauzug von Geschäftsleuten erleben, die den

hinausgehen und für eine Weile dem Lande den Rücken kehren zu dürfen, das ihm der Schauspiel so bitterer Leiden und so harter Enttäuschungen gewesen war. Und er war viel zu wenig Diplomat, als daß er zu verbergen vermocht hätte, was in ihm vorging.

„Einer Expedition, deren Ziel ein weit entlegenes Land, vielleicht ein anderer Erdteil ist?“ fragte er gespannt.

Und Herr de Beauregard nickte.

„Ausführlichere Mitteilungen über Zweck und Ziel des Unternehmens dürfen Sie zunächst noch nicht zu mir erwarten.“ sagte er. „Wenn wir, wie ich hoffe, zu einer Verständigung gelangen, werden Sie den Gründen, die mich vorläufig zu einer Geheimhaltung nötigen, Ihre Anerkennung nicht verweigern. Bisher handelt es sich ja auch darum feitzustellen, ob Sie im Prinzip geneigt sein würden, meinen Vorschlag anzunehmen. Es könnte ja sein, daß Verhältnisse zwingender Natur Ihnen eine längere Abwesenheit von Deutschland verbieten, oder daß Sie andere Gründe haben, mein Anerbieten von vornherein abzulehnen.“

„Ich bin vollkommen unabhängig, Herr Baron, und kann gehen, wohin es mir beliebt. Ja, ich darf hinzufügen, daß ich mich sehr ernstlich mit dem Gedanken einer Auswanderung nach Südafrika getragen habe, als mir jener Pampendorf seinen Engagementsantrag machte. Nach dieser Richtung hin würde es also keine Hindernisse geben.“

„Sehr wohl! Rame also als Punkt zwei die Frage, ob Sie an der Ihnen zugeordneten Tätigkeit Gefallen finden würden. Ob Sie Reiter sind und im Notfall mit einer Schußwaffe umzugehen wissen, brauche ich Sie ja nicht zu fragen, da mir Herr Pampendorf verraten hat, daß Sie Offizier bei der Kavallerie waren.“

„Heinz hielt es für angezeigt, ihn zu unterbrechen.“

„Baron! Das wissenschaftliche Unternehmen, von dem Sie sprachen — trägt es denn einen kriegerischen Charakter?“

„Beauregard schüttelte lächelnd den Kopf. „Ganz und gar nicht. Es ist im Gegenteil die friedlichste Sache von der Welt. Aber es wird die Triumphe allerding in den Gegenden führen, die ziemlich weitab liegen von aller modernen Zivilisation, und wo man deshalb etwaigen unangenehmen Eventualitäten gegenüber in erster Linie auf energische Selbsthilfe angewiesen sein würde. Bedäglich aus diesem Grunde bin ich geneigt, mich mit entschlossenen, furchtlosen und waffengeübten Männern zu umgeben.“

„Heinz verbeugte sich leicht.“

„Ich danke für die Auskunft, Herr Baron! Und ich würde nicht fürchten, in dieser Hinsicht hinter den von Ihnen gehegten Erwartungen zurückzubleiben.“

„Dessen bin ich sicher. Aber eine weitere Frage: Behalten Sie irgendwelche Kenntnisse vom Seewesen? Ich meine, Kenntnisse, die Sie in den Stand setzen würden, sich auf einer größeren Yacht nützlich zu machen?“

„Seinen scharfen Augen, die beständig sehr aufmerksam auf das Gesicht des jungen Offiziers gerichtet waren, konnte das Ausleuchten kaum entgangen sein, das bei seiner letzten Frage über dies schöne, kühne Männerantlitz gegangen war.“

„Es ist ein eigenartiger Zufall, daß ich Ihnen darauf mit ja antworten kann, Herr de Beauregard! Theoretischer Studien; auf nautischem Gebiete zwar darf ich mich kaum rühmen; aber meine praktischen Kenntnisse in der Segelschiffahrt sind vielleicht nicht ganz unbedeutend. Von meinem sechzehnten bis zu meinem zwelundzwanzigsten Jahre habe ich alljährlich eine Reihe von Wochen oder hier und da

sogar von Monaten an Bord einer größeren Bergnügungs-Yacht zugebracht, deren Fahrten sich allerdings niemals über die Gewässer der Ostsee hinaus erstreckten. Der Führer des Fahrzeuges war ein ungewöhnlich tüchtiger Seemann, und ich glaube, daß ich von ihm mehr gelernt habe, als einem sonst in Jahren auf einer Seemannsschule beigebracht wird.“

Der Baron war durch diese Auskunft sichtlich erfreut. „Das trifft sich ja ausgezeichnet“, sagte er. „Ich muß Ihnen nämlich gestehen, mein lieber Herr von Holmstetten, daß ich bis zu diesem Augenblick in einiger Verlegenheit war, unter welchem offiziellen Titel ich Sie unserem Unternehmen angliedern sollte. Das Personal ist eigentlich vollständig, und wenn auch die Leitung der Expedition ganz in meinen Händen liegt, so bin ich doch dem Manne, der die erforderlichen Mittel hergibt, moralisch für die Verwendung dieser Mittel verantwortlich. Auf Grund Ihrer Mitteilungen hielt ich also den Posten eines zweiten Steuerannes auf dem von mir gecharterten Schiffe an. Wollen Sie ihn übernehmen?“

Auf ein solches Anerbieten war Heinz selbstverständlich nicht gefaßt gewesen, und er fühlte sich im ersten Moment sehr geneigt, es für einen schlechten Scherz zu nehmen. Da aber Ton und Miene des andern keinen Zweifel an seiner Ernsthaftigkeit zuließen, erklärte er, Beauregard müsse wohl seine vorigen Aeußerungen mißverstanden haben, da schon der Umstand, daß er niemals irgendein seemannsches Examen bestanden, für ihn jede Möglichkeit der Übernahme einer verantwortlichen Stellung auf einem Schiffe ausschloß. Aber der Baron nahm dies Bedenken offenbar nicht sehr ernst.

„Von einer Verantwortlichkeit wird auch gar nicht die Rede sein“, meinte er leichtsin. „Wie ich Ihnen sagte, ist die Besetzung des Schiffes schon jetzt eine ausreichende, und ich würde den Ihnen angebotenen Posten erst schaffen müssen. Die „Aphrodite“ ist ein Segelschiff von zweihundertachtzig Tonnen, das für den Notfall auch unter Dampf gehen kann, und die Mannschaft besteht aus der besten und tüchtigsten Leute, die wir haben aufstreifen können. Es wird sich da schon ein Modus finden lassen, wie Sie sich mit Anstand aus der Affäre ziehen können. Und jedenfalls haben Sie, da nach Ihrer offenen Erklärung alle Verantwortung für die Folgen ganz und gar auf mich fielen, keinerlei Unannehmlichkeiten zu besorgen.“

Und als wolle er damit alle etwaigen weiteren Einwendungen Holmstettens abschneiden, ging er, ohne ihm Zeit zu einer Antwort zu lassen, dazu über, ihm die Bedingungen des Anstellungsvertrages mitzuteilen. Sie bestanden in der Lieferung einer vollständigen Ausrüstung, einem Monatsgehalt von dreihundert Mark, neben Gehältnung von Wohnung und voller Verpflegung, gleichviel, ob man sich an Bord eines Schiffes oder auf dem festen Lande befinden würde, und in der Verheißung einer Extrapremie bei Auflösung der Expedition.

Bestimmtere Angaben in bezug auf diesen letzten Punkt des Vertrages kann ich Ihnen heute noch nicht machen, da die Höhe der Vergütung selbstverständlich von dem mehr oder weniger glücklichen Ausgang der Expedition abhängen wird. Entspricht aber, wie es fast mit Bestimmtheit anzunehmen ist, der Erfolg unseren Erwartungen, so dürfen Sie für Ihren Teil — vorausgesetzt, daß Sie der Sache bis dahin treu geblieben sind — getrost auf eine Summe rechnen, die Sie für eine Reihe von Jahren jeder weiteren Existenz überbebt. Bemerten will ich noch,

Das Publikum ist gewöhnt

auf vorteilhafte Angebote durch Z.-Anzeigen aufmerksam gemacht zu werden. Eine große Käuferschicht erwartet Vorschläge zu Weihnachts-Einkäufen; versäumen Sie deshalb nicht, Ihr Geschäft durch häufige auffallende Anzeigen im „Rieser Tageblatt“ in empfehlende Erinnerung zu bringen.

benutzt. Die als stehenden Schwen zu sehen — die Federseite der Pommes — besitzt einen unerhörten Genauigkeit und dieses Zeug unwirklich in ein Meer von Transparenz versetzt, dem wir uns nur schwer wieder zu entziehen vermögen.

Wir ungefähr 100 Koffer und einem köstlichen Personal ist die Flutlinie zu uns gekommen. Der deutsche Impresario hat ihr drei große Dampfer-Salons für den Transport von Dekorationen und Koffern zur Verfügung gestellt, während zwei reservierte Salons für die Tänzerin und ihre Begleiter aufbewahrt. Die Wohnung, die sie in der Stadt, in der sie wohnt, inne hat, wissen nur die Eingeweihten. Denn sonst würde die Pawlowa von mehr oder minder Jubelstößen und Neugierigen überlaufen werden und hätte wahrscheinlich für sich selbst nicht einmal so viel Zeit, um sich ihren geliebten Lieblingen, kleinen Vögeln, zu widmen, die in jedem neuen Heim ihre Zimmer besüßeln müssen. Dabei, auf ihrer Bekanntschaft in London, besitzt die große Kaffee-Tische Vogelkollern, die sie seitwärts selbst besitzt.

Was in diesem Vakuum verbleibt, muß phantastisch sein. Denn die Preise, die von Platz gefordert werden, sind wahrhaftig gewaltig und trotzdem ist das große Theater des Westens, in dem die Gefeierten auftreten, allabendlich ausverkauft. Woraus man ersieht, daß es noch Künstler gibt, die „offiziell“ vertrieben, während andere, wie die empfindungslosen Berliner Schauspieler, an den Marktplatz mit der Bitte einer sofortigen und einmaligen Restausgabe von fünf Millionen Mark heranzutreten sind. Künstlich auf Erfolg hat diese „Beliebte“ Bitte selbstverständlich nicht!

Auch die Berliner Photographen sehen mit einer gewissen Unruhe den kommenden Winter entgegen. Denn, wie in London und New York, werden auch bei uns binnen kurzem die sogenannten Photographicautomaten aufzutreten, die gegen Einwurf von 3 Münzpfennigen nach etwa fünf Minuten unter wohlgeleiteter Kontrolle liefern werden.

Die Stellung muß man sich selbst zu verstehen verstehen. Denn in dem telefonartigen Räume, in dem man jeweils Aufnahme von der Straße aus eintritt, ist kein Photograph, der dabei behilflich ist. Wir müssen nach unseren eigenen Angaben und der Gebrauchsanweisung, die an der Seitenwand steht, vor die Linse treten, das Geld einwerfen, einen Hebel in Bewegung setzen und eine bestimmte Zeit vor dem Objektiv stehen bleiben. Nach der Aufnahme nehmen im Innern des komplizierten Apparates künstliche, aus Eisen und Aluminium bestehende Finger die weiteren Manipulationen mit dem Negativ vor, entwickeln und fixieren es, schneiden es, führen die Negative über ein Trockenband, und bereits nach wenigen Minuten läßt uns von der Kassenleite der Stelle der, deren Innenraum wir inzwischen verlassen haben, das gebündelte Bilderbündel entgegen. Daß diese Photos so gut ausgefallen sein werden, wie die vom Fachmann, ist natürlich kaum anzunehmen; als Photographen werden sie indessen sicher brauchbar sein.

Neu im Straßenbild wirken auch die Autoruf-Säulen, ebenfalls eine Art von Automaten. Von nun an wird man sich bei schlechtem Wetter telefonisch ein Taximeterauto vor sein Haus dirigieren lassen können, ohne erst lange in Wind und Wetter danach suchen zu müssen. Und, weil wir nun gerade beim Auto sind, dürfte es vielleicht interessieren, daß die Berliner Nordkommission jetzt ihr neues, tiefschwarzes Automobil in Besitz genommen hat, das ein Wunder der Technik ist, so viel komplizierte Einbauten für die umfangreichen Erfordernisse der Nordkommission besitzt. Es. Hoffen wir indessen, daß es möglichst wenig benötigt wird, denn der Zweck, dem der Wagen dient, ist ja bekanntlich ein höchst unrentabler!

R. Z.

daß Ihre Abreise von Berlin schon in fünf bis sechs Tagen möglich erfolgen können. Würden Ihnen diese Bedingungen zusagen?“

„Sie gehen weit über meine Erwartungen hinaus“, erklärte Heinz aufrichtig. „Und sie lassen mich aufs neue befürchten, daß Sie meine Fähigkeiten doch vielleicht überschätzen. Wenn ich in Betracht ziehe, daß Sie eigentlich gar nichts von mir und meinen Kenntnissen wissen —“

„Ich glaube Ihnen bereits angebeutelt zu haben, Herr von Holmstetten, daß es nicht die Kenntnisse sind, auf die ich in erster Linie Gewicht legen muß. Ihr ehemaliger Beruf als Offizier ist mir in dieser Hinsicht Bürgerlichkeit genug, und Ihre größeren oder geringeren seemannsichen Fertigkeiten spielen da nur eine untergeordnete Rolle. Das Entscheidende für mich sind die Charaktereigenschaften der Personen, denen ich das hohe Vertrauen schenke, sie an einem Unternehmen von größter Bedeutung teilnehmen zu lassen. Und ich traue mir Menschenkenntnis genug zu, um nach der Probe, die ich heute erhalten habe, die Ihrigen einigermaßen richtig zu beurteilen. Das einzige, was ich etwa noch von Ihnen verlangen würde, wäre die ehrenwürdliche Zusage einer unüberbrücklichen Verschwiegenheit über alles, was in bezug auf Zweck und Ziel des Unternehmens jetzt oder später zu Ihrer Kenntnis gelangt.“

„Da ich sicher bin, daß mir damit nichts Unehrenhaftes zugemutet werden soll —“

Diesmal ließ Beauregard ihn nicht ausreden. „Baron! Wir wollen uns nicht mißverstehen. Für die Ehrenhaftigkeit unseres Unternehmens bürgt allerdings schon die Persönlichkeit des Mannes, der es mit seinem verehrten und geehrten Namen deut. Aber ich kann unmöglich wissen, ob alles, was er oder ich im Zusammenhang mit diesem Unternehmen anzuordnen für gut finden werden, sich Ihres vollen Beifalles erfreuen würde. Wir haben mit Verhältnissen zu rechnen, die sich nicht immer nach dem hier üblichen Maßstab beurteilen und behandeln lassen werden. Da könnte sich's immerhin ereignen, daß Ihre Ehrbegierde in irgendeinem Fall mit den unfrigen kollidieren. Aber auch bei einer solchen Eventualität müßte ich Ihrer Verschwiegenheit unbedingt gewiß sein dürfen. Sie könnten mir den Gehorsam aufkündigen; niemals aber dürfte ein Wort oder eine Andeutung von dem, was Sie in meinem Dienst erfahren haben, über Ihre Lippen kommen.“

„Das ist eine Bedingung, die ich ohne weiteres akzeptieren kann.“

„So wären wir also in der Hauptsache einig. Wollen Sie, bitte, den Kontrakt durchlesen, den Sie gleich allen anderen Teilnehmern der Expedition zu unterzeichnen hätten, und zwar noch in dieser Stunde, da bis zum heutigen Abend alle Vorbereitungen endgültig abgeschlossen sein müssen.“

Er überreichte ihm ein mit der Schreibmaschine hergestelltes und mechanisch vervielfältigtes Blatt, das er einem Fach seines Schreibstils entnommen hatte. Aber schon als er die ersten Zeilen überflogen hatte, zeigte sich ein Ausdruck schmerzlichen Bedauerns auf Holmstettens Gesicht.

„Der Eigentümer der Yacht, für die ich mich verpflichten soll, ist, wie ich sehe, der Beherrschter Arnold von Solander“, sagte er. „Dieser Umstand, Herr Baron, dürfte von vornherein jede Möglichkeit weiterer Verhandlungen ausschließen.“

(Fortsetzung folgt.)

Bermittlung

Ein Kistenwagen in Berlin geriet zur Entlastung des kaum noch zu bewältigenden Verkehrs in der Leipziger Straße hat der Berliner Stadtbaurat Jahn ein Projekt entworfen, das die Verlegung der stark verkehrsüberfüllten Straßenbahn unter die Erde vorsieht. Vom Berliner Rathaus bis zur Potsdamer Brücke soll ein viergleisiger Tunnel angelegt werden, dessen beide innere Gleise von der Untergrundbahn, und dessen äußere Gleise von der Straßenbahn befahren werden sollen. Die Untergrundbahn ist als Schnellbahn gedacht und soll auf der genannten Straße keine Haltestellen erhalten, während für den Kurzstreckenverkehr die unterirdische Straßenbahn sorgen soll. Der Nachausgabe zufolge soll Oberbürgermeister Vöhl diesem Entwurf zugestimmt haben. Der Magistrat werde sich wahrscheinlich in kurzer Zeit, vermutlich schon im Januar, im Zusammenhang mit den Beschlüssen der Stadtkommissionverammlung über neue Arbeiten für die Erwerbslosen mit dem Projekt befassen. Gemäß Schlichterleitens dürfte jedoch noch die finanzielle Seite der Frage beruhen.

Feuer in Thierpark bei Dresden verbrannte ein fünf Jahre alter 73-jähriger Greis in seinem Zimmer. Der tragische Unfall entstand dadurch, daß ein aus dem Ofen gefallener Funke die Kleider des Greises in Brand gesetzt hatte. Der alte Mann war nicht in der Lage, sich zu retten.

Im Streit totergeprägt. Aus Wittenberge meldet die „N. Z.“: Am Sonnabend mittag wurde auf dem Bahndamm Berlin-Damberg der 33-jährige Steuermann Karl Hude mit schweren Verletzungen aufgefunden. Er ist inzwischen gestorben. Es handelt sich wahrscheinlich um einen Mord nach einem Streit. Der Tote ist am Freitag abend in einer Schiffsreise in Wittenberge mit mehreren Schiffern zusammen gewesen, wo ziemlich hart geredet wurde. Die Schiffer gehörten zu einem tschechoslowakischen Dampfer und einem tschechoslowakischen Kahn, die nach Magdeburg bestimmt waren. Hude war auf dem Kahn Steuermann und der einzige Deutsche neben zwei Tschechoslowaken, die als Bootleute auf dem Kahn beschäftigt waren. Ueber die Ursachen des Streites ist nichts bekannt geworden, aber man muß nach der Art der Verletzungen — es handelt sich um einen Schädelbruch und einen doppelten Bruch der Beine — auf eine furchtbare Prügelei mit tödlichem Ausgang schließen. Der Tote ist wahrscheinlich durch den zweiten Bootsmann, der sich sehr furchtbar verhielt, in einen Kahn geschleift und darauf durch den Kahn in die Stepiens hinausgeführt worden, wo der Fluß von der Berlin-Damberg-Bahn überquert wird. Dort ist der Tote niedergelassen worden, um einen Unfallfall vorzutauschen. Gestern morgen wurde der tschechoslowakische Dampfer in Hamburg festgehalten. Die Beteiligten wurden einem Verhör unterzogen, das noch nicht beendet ist.

Verhaftung einer Bande von Güterwagendieben. Eine Bande von Dieben, deren Spezialität es war, auf den zu geringen Geschwindigkeiten nötigen kurzen Strecken im Westen Berlins auf fahrende Güterzüge aufzufahren und die Wagen zu betrauben, wobei sie u. a. auch zwei Centner schwere Säcke während der Fahrt betriebe zu bringen verstanden, ist von der Polizei verhaftet und im Warenlager in einer Raubentlohmung im Westen Berlins aufgedeckt worden. Für die Fortschaffung der aus den Hüfen herausgeworfenen Güter benutzten sie ein Auto, das meistens mit abgedeckten Lichtern fuhr. Zu den Mitgebern der Bande gehören ein ehemaliger Gurtspektor und ein Arbeiter, der als berühmter Bildhauer bekannt ist. Die Ermittlungen werden noch fortgesetzt.

Der Riesendieb Karl im Dahlemer Reichsanwaltschaftsamt. Von den bei dem kürzlich verübten Diebstahl im Dahlemer Reichsanwaltschaftsamt erbeuteten Zigarettensandrollen im Betrage von 400 000 Mark ist bisher noch kein Stück aufgefunden worden. Es scheint, daß die Verbrecher keine Besten, sondern auswärtige Spezialisten sind, die die Waare gleich wieder aus Berlin weggeschafft haben. Wahrscheinlich befindet sich alles schon in den Händen von Bandendiebstahl in Hamburg, Köln, Weizig oder Dresden, wo die Nachtrage leichter beschaffen am nächsten ist. Aufgeklärt ist auch noch nicht, wie die Verbrecher die schweren Waare von über 2½ Centner vom Tatort weggeschafft haben.

Juchhausstrafe wegen Versicherungsbetruges auf See. Vor dem Schöffengericht in Lübeck hatte sich der Kapitän Eühr wegen Versicherungsbetruges und Meineides zu verantworten. Er hatte auf offener See den von ihm geführten Fischkutter versichert und dann unter Eid vor dem Lübecker Senat Schadensersatz angegeben, um die Versicherungssumme zu erhalten. Der Fischkutter war später an den Strand geklebet worden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 3 Jahren 3 Monaten Juchhaus, 1000 Mark Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für fünf Jahre.

Beendigung eines Friesenbetrugsprozesses. Nach 4½wöchiger Verhandlung wurde gestern nachmittag ein Betrugprozess gegen 17 Angeklagte zu Ende geführt. Die Hauptangeklagten waren 7 Mitgebern einer Familie Koch, die in der Zeit von 1921 bis 1925 in Berlin und Umgebung Betrugsdelikte sowie Import- und Export-Großhandlungen errichtet hatten und als deren Inhaber Strommänner, Arbeiter und Straßenhändler, benutzten. Es wurden Warenbestellungen aller Art gemacht und man gab sich gegenseitig die glänzlichsten Auskünfte und bezahlte mit den Checks der anderen Firmen, die nicht eingelöst wurden. Die Waren selbst wurden schnell veräußert. Vier Mitgebern der Familie Koch erhielten Gefängnisstrafen von 1-4 Jahren mit teilweiser Bewährungsfrist. Was auf einen Verbruch wurden die übrigen 12 Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1-6 Monaten mit teilw. völliger, teilw. halber Bewährungsfrist verurteilt.

Erdbeden in Holländisch-Indien. Nach Meldungen aus Batavia wurde die Katholische Kirche von japanischen Schwestern heimgesucht. Die Häuser sollen zerstört worden sein.

Großfeuer auf einem heftigen Gut. In der vergangenen Nacht brach auf dem Hofgut Dohle ein Feuer aus, das die Detonationsgebäude Feuer aus, das sich mit rasender Geschwindigkeit ausbreitete. 28 Personen der Besatzung und die beiden Hütten wurden zerstört. Der Bestand an Rindvieh konnte in Sicherheit gebracht werden. Während die Hüttengebäude ausbrannten konnten die Wohngebäude gerettet werden. Allgemein wird Brandstiftung vermutet.

Die Besatzung der Deutschen Reichsbahn. Die Angaben in Kilometern der Deutschen Reichsbahn betragen nach neueren Feststellungen auf Kontinent und Reichsbahnstrecken in 30 Direktionsbezirken der Reichsbahn 22 922 Kilometer, bei Schmalspurbahnen in 6 Direktionsbezirken 941,93 Kilometer. Im Jahre 1913 betrug die Streckenlänge der deutschen Eisenbahnen 28 830



Trauer in Belgrad.
Der süblavische Staatsmann Nicola Vaskitsch auf dem Totenbett.



Eine schöne japanische Sängerin,
die deutsche Lieder singt.
Die japanische Sängerin Satsumi Quasa singt in der Berliner Singakademie mit großer Emsigkeit deutsche Lieder von Brahms, Strauß und Regner.

Der neue Kölner Regierungspräsident.
Ministerpräsident Eilgen.

Das preussische Staatsministerium hat den Ministerialrat Eilgen zum kommissarischen Regierungspräsidenten in Köln ernannt. Ministerialrat Eilgen, der dem Zentrum angehört, ist geborener Kölner. Er bekleidete 1917 das Ministeramt, wurde 1921 ins Reichsministerium des Innern berufen und bekleidete von 1922 bis 1926 unter Minister Severing den Posten des Referenten im preussischen Ministerium des Innern. Seit Juli 1926 ist er als Ministerialrat im Büro des preussischen Ministerpräsidenten tätig. Im Rheinland wurde er besonders während des passiven Widerstandes bekannt durch seine Fürsorgetätigkeit, die er trotz aller Einreise- und Passschwierigkeiten im besetzten Gebiet an Ort und Stelle ausübte.

Kleinigkeiten für den Weihnachtstisch.



Münchener Bohnen.
„Der freundliche Milchmann“.



Der Weihnachtseigel mit Saisifopf.
Renessante Fokuna des alten Weihnachtseigels in Form eines Bruchers aus Holz gedreht und farblich lackiert. Sächsische Heimarbeit.

Kilometer. Fremdländische Eisenbahnen besitzen Streckenlängen: Vereinigte Staaten von Nordamerika rund 430 000, Rußland 73 336, Kanada 64 498, Argentinien 37 500, Italien 16 500, Spanien 15 976, Tschechoslowakei 15 361, Chile 9084, Oesterreich 6350 und die Niederlande 3645 Kilometer.

Die Scharlachkrankungen in Berlin. Im Oktober und November sind in Berlin etwa 50 Erwachsene und 600 Kinder an Scharlach erkrankt. Die städtischen Gesundheitsbehörden vertreten einer Korrespondenz zufolge die Ansicht, daß die Gefahr einer etwaigen Epidemie nicht besteht.

Espartrouillendienst in der Ostsee. Die Espartrouillendienste des vergangenen Winters, unter denen zahlreiche Schiffe in der Ostsee zu Leibe hatten, und bis zur vollständigen Einziehung von Flottenkräften führten, haben den Gedanken der Schaffung eines geregelten Espartrouillendienstes für die Ostsee entstehen lassen. Die Reichsmarine hat ihre Beteiligung ausgedrückt und sich bereit erklärt, den Dampfer „Boreas“ mit den nötigen technischen Hilfsmitteln auszurüsten und in Dienst zu stellen. Der Dampfer wurde zu diesem Zwecke in Wilhelmshafen umgebaut.

75 Jahre Ueberlebender der Hamburg-Expedition. Das Ueberleben der Ganga auf der Sattel, die Auswandererfahrt mit ihren Satteln, Rindern und Hühnern auf einer 61 000 Quadratmeter großen Fläche, die in den Hundstagsmonatsjahren vor dem Krieg jährlich über 100 000 deutschen und ausländischen Auswanderern für einige Tage vor der Ueberfahrt zur unerschöpflichen Heimat wurde, steht am 14. Dezember auf ein 75-jähriges Jubiläum zurück. Das Ueberlebende auf ein 25-jähriges Jubiläum zurück. Das Ueberlebende vermag gleichzeitig 2000 Menschen eine heuere Unternehmung zu leisten und dient als Durchgangsstation für die künftige Untersuchung und Beratung der den letzten Reisebestimmungen.

Die Kant von Monte Carlo gesprengt. Wie die Morgenblätter melden, wurde die Kant von Monte Carlo an einem Nachmittag um 10 Uhr gesprengt. Die glücklichen Spieler gewonnen 600 000 Goldmark. Brandstiftungsversuch auf Linienschiff Schleswig-Holstein. Auf dem Linienschiff Schles-

wig-Holstein versuchte ein Unteroffizier, anscheinend in einem Anfall von geistiger Umnachtung, Herdorkerufen durch übermäßigen Alkoholgenuß, in der Munitionskammer des Schiffes Feuer anzulegen. Das Feuer konnte mühelos gelöscht werden. Der Täter wurde zur Untersuchung und Beobachtung in das Marinelazarett eingeliefert.

Zwei Arbeiter im Sande erstickt. Aus Hensburg wird gemeldet: Bei Arbeiten in einer Sandgrube wurden zwei Arbeiter verschüttet und getötet. Zwei andere Arbeiter, die den Berunglückten zu Hilfe eilten, wurden ebenfalls verschüttet, konnten sich aber mit knapper Not selbst retten.

Wahrscheinlicher Verhängnis in Hamburg. Auf der Schutttrümmerstelle in Hillbrod-Deich wurden in einem Kasten Teile einer Kinderleiche gefunden. Der lebende Kopf wurde später zwischen Akerstrasse gefunden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Scharlachkrankungen in Berlin. In dem Berliner Städtischen Alth der Obdachlosen in der Wiesenstraße, wo gegenwärtig etwa 30 obdachlose Schifferfamilien mit ihren Kindern untergebracht sind, sind Scharlachfälle in größerer Zahl vorgekommen. 19 erkrankte Kinder mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Ein Kälbchen von einem Schweine aufgegriffen. In Schweier im Kreiskreis Baden brach, wie aus einer Bericht wird, ein Schwein nachts aus seinem Stall aus, brang in den Kuhstall und fiel dort über ein junges Kälbchen her. Der Besitzer fand das Kälbchen am anderen Morgen von dem Schweine halb aufgefressen vor.

Verunglückung. Auf der Juche Oberbauten der Gute Besinnung-Hütte brach im Gebiet 5 das Gebirge ein. Hierdurch wurden 15 Mann verschüttet. Drei Mann trugen schwere Verletzungen davon, zwei Mann wurden leichter verletzt.

Explosion eines Artillerie-Geschosses. 4 Soldaten getötet, 18 verletzt. In der Umgebung von Odesa wurden infolge Explosion eines aus der Kriegszeit stammenden, nur halb in der Erde bedeckten Artillerie-Geschosses bei einer Artillerieübung vier Soldaten getötet und 18 verletzt, darunter sechs schwer.

